

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Junge afghanische Flüchtlinge auf einer Demonstration gegen ihre drohende Abschiebung

- *Koch sucht Wahlerfolg auf dem Rücken der jungen Migranten – S. 4*
- *Norman Paech: Eine Gegenstellungnahme zur Kosovo-Position des Auswärtigen Amtes – S. 7*
- *Sozialtarif für Strom und Gas in Köln durchgesetzt – S. 12*
- *Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern 8 Prozent, 200 Euro mindestens – S. 16*
- *R. Dawkins „Der Gotteswahn“: Ist die Mikrobe der Dummheit endlich entdeckt? – S. 18*

Ausgabe Nr. 1 am 17. Januar 2008, Preis 4,00 Euro



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT VIERWÖCHENTLICH

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, *Zül-picher Str. 7, 50674 Köln*. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zül-picher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zül-picher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Aufstocker“ – wer gehört dazu?

www.iab.de, alk. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit stellt in seinem IAB-Kurzbericht von Ende November Daten über die „Aufstocker“ zur Verfügung, das sind Menschen, die gleichzeitig Erwerbseinkommen und Sozialleistungen nach SGB II beziehen. Interessant sind diese Daten, weil in der Begründung des Mindestlohns durch die SPD-Spitzen immer wieder behauptet wird, Firmen würden in bedeutendem Umfang sich auf Kosten der Sozialkasse Löhne für Vollzeitarbeit subventionieren lassen.

Dass manche Firmen das machen, ist unbestritten, die Gesamtbilanz des Instituts sieht aber mehrheitlich andere Gründe für das „Aufstocken“ (s.a. Tabelle): „Rund 1,3 Mio. Personen bezogen im Januar 2007 SGB-II-Leistungen, obwohl sie einer Beschäftigung nachgingen. Im Jahresdurchschnitt 2005 lag die Zahl der „Aufstocker“ noch bei rund 880.000. Bedürftigkeit trotz Erwerbstätigkeit ist häufig nur ein vorübergehender Zustand. Nur 325 Tsd. Erwerbstätige waren 2005 ganzjährig auf SGB-II-Leistungen angewiesen. Im Laufe des Jahres 2005 gab es insgesamt allerdings 2,1 Mio. Aufstocker. Sie haben zumindest zeitweise Leistungen und Erwerbseinkommen gleichzeitig bezogen. Die Mehrheit der Aufstocker ist geringfügig beschäftigt. Sie verbleiben oft relativ lange im Leistungsbezug: Ein Drittel von ihnen hat mindestens zehn Monate lang „auf-

Stück mit familienpolitischen Transferleistungen wie Wohn- und Kindergeld ist dafür unerlässlich.“

Für den Mindestlohn gibt es genug Gründe, die wachsende Zahl von „Aufstockern“ gehört aber eher nicht dazu. Die unteren Löhne enthalten schon lange nicht mehr die Kosten der Familienreproduktion; die staatlichen Ersatzleistungen, seien es direkte Zahlungen oder von den Kommunen angebotene Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Mittagessen an Schulen usw. decken den fehlenden Bedarf nicht ab. Lösungen wären also eher bei Zahlungen und Leistungen für Kinder zu suchen und zu finden.

Aufregung um Riester-Rente

Handelsblatt, Berliner Zeitung, 11.1. rül. Weil der Vorsitzende des Sachverständigenrats und „Rentenexperte“ Bert Rürup unlängst darauf hingewiesen hatte, dass bei der steigenden Zahl von Armutsrenten (u.a. infolge jahrelangem „Minijobben“ und der niedrigen Rentenbeiträge bei Arbeitslosigkeit, von Hartz IV ganz zu schweigen – auch die Zahl derer wächst, die bei Rentenbeginn zunächst ihre vermutlich ohnehin geringen Sparvermögen aufbrauchen müssen, hat jetzt eine neue Rentendebatte begonnen.

Kern ist nicht, wie Armutsrenten vermieden werden können, sondern allein die Frage, wie viel Sparvermögen Armutsrentner noch behalten dürfen, bevor sie die staatliche „Grundrente“ von derzeit 600 Euro beziehen. Diese

Debatte hat jetzt auch die „Riester-Renten“ erreicht, weil auch hierfür gilt: alles Sparvermögen, auch die eventuelle Riester-Rente, wird mit der staatlichen Aufstockung von Niedrigstrenten zur „Grundrente“ von 600 Euro verrechnet. Rürup und wachsende Teile der Union, aber auch der frühere Arbeitsminister Riester selbst fordern nun, Anwartschaften auf die Riester-Rente von dieser Anrechnung zu verschonen. Das Problem, dass die gesetz-

liche Rente für eine wachsende Zahl von Menschen kein menschenwürdiges Leben im Alter mehr sichert, bleibt damit unverändert. Nicht wenige in der Union nutzen deshalb die Debatte um das Thema Schonvermögen vermutlich nur, um in Wirklichkeit einer gesetzlichen Mindestrente den Weg zu bahnen, wie sie schon vor Jahren von Biedenkopf & Co. gefordert worden war.

Tab. 2: Struktur der Aufstocker im Jahr 2005

	vollzeitbeschäftigte Aufstocker		Teilzeitbeschäftigte	geringfügig Beschäftigte
	langfristig ¹⁾	kurzfristig ²⁾		
Aufstocker (absolut)³⁾	127.000	368.000	366.000	999.000
Anteile in Prozent				
Geschlecht				
männlich	56	72	31	47
weiblich	44	28	69	53
insgesamt	100	100	100	100
Bedarfsgemeinschafts-Typ				
alleinstehend	11	55	31	39
alleinerziehend	9	6	16	14
Paar ohne Kind	29	17	23	19
Paar mit Kind(ern)	51	22	30	28
insgesamt	100	100	100	100

gestockt“. Die Mehrheit der Vollzeiterwerbstätigen gehört nur kurzfristig zu den Aufstockern. Vollzeitbeschäftigte, die längere Zeit Leistungen beziehen, leben meist in Paarhaushalten mit oder ohne Kinder. Um die Bedürftigkeit im Haushaltskontext dauerhaft zu überwinden, müssen flankierende Instrumente sowohl die hohe Fluktuation als auch die jeweilige Haushaltskonstellation berücksichtigen. Eine Abstim-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

„Wir brauchen kein Zentrum gegen Vertreibung. Wir brauchen ein Zentrum gegen Krieg.“ Mitglieder des Willy-Brandt-Kreises, Friedensforscher und Vertreter/innen der Friedensbewegung treten mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit

Originaltext Neues Deutschland: Am 21. Dezember erschien in der Wochenzeitung „Freitag“, am 22. Dezember in der „Süddeutschen Zeitung“ eine Anzeige, die aufhorchen ließ: Mitglieder des Willy-Brandt-Kreises, darunter so prominente Zeitgenossen wie Egon Bahr, Günter Grass, Friedrich Schorlemmer, Klaus Staeck oder Daniela Dahn, AktivistInnen der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung, unter ihnen Horst Schmittthener, Willi van Ooyen, Willi Hoffmeister und Lühr Henken, sowie eine Reihe von Friedenswissenschaftlern wie Michael Brzoska, Reinhard Mutz und Werner Ruf (alle Erstunterzeichner sind unten dokumentiert) wandten sich in einem eindringlichen Appell gegen die geplante Errichtung des von den deutschen Vertriebenenverbänden geforderten „Zentrums gegen Vertreibung“. Wir dokumentieren im Folgenden den bemerkenswerten Aufruf mitsamt seinen Unterzeichner/innen. Die Initiatoren werben um weitere Unterstützung (siehe unten).

Aufruf für ein „Zentrum gegen Krieg“

Das geplante und anhaltend umstrittene Zentrum gegen Vertreibung unterliegt, entgegen den Intentionen des Parlaments, der Gefahr, als Instrument der Anklage missverstanden zu werden. Dieser Missdeutung, die auch in Polen und Tschechien sehr bald laut geworden ist, sollte begegnet werden.

Geht es hier wirklich nur um das Recht auf eine Klagemauer, um Verständnis und Versöhnung, oder geht es um die Zuweisung von Schuld und Unrecht Richtung Osteuropa, mit dem Ziel einer Bewusstseinsverschiebung, die schließlich auch eine Eigentumsverschiebung ermöglichen wird?

Vertreibung ist eine von vielen entsetzlichen Kriegsfolgen. Genauso gut könnte man ein Zentrum gegen Gebietsannexionen befürworten, eins gegen die Geringschätzung des Lebens von Soldaten, gegen Massaker an Zivilisten, gegen Bombenopfer und Ruinen, eins gegen Zwangsarbeit und Gefangenenlager, gegen Hunger und Typhus, ein Zentrum gegen Vergewaltigung, gegen Verrohung der Sitten, gegen „ethnische Säuberungen“, gegen Vergeltung und Strafe der Sieger.

All dies sind im letzten Jahrhundert immer die fatalen Folgen von Kriegen gewesen, je schrecklicher der Krieg, je fataler. Verurteilt man aber die Folge und nicht die Ursache, so greift man zu kurz, ja weckt Illusionen. Man suggeriert, nach Angriffskriegen könnten deren unvermeidliche Folgen vermieden werden.

Für die Zukunft folgt daraus nicht das Unrealistische: Vertreibungen nach Kriegen sind zu verbieten. Sondern: Wer Vertreibungen verhindern will, muss Kriege verhindern.

Wir brauchen kein Zentrum gegen

Vertreibung. Wir brauchen ein Zentrum gegen Krieg. Das den Jüngeren veranschaulicht, weshalb Krieg geächtet und künftig zu meiden ist. Jede Art von oben erwähnten Kriegsleiden könnte hier einen Raum bekommen, nicht nur die, die heute noch entschädigungsrelevant sind. In diesem Kontext hätte auch das Thema Flucht und Vertreibung seinen Platz.

Am Eingang wäre eine Warnung von Bertolt Brecht von 1952 denkbar: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungskraft für kommende Leiden, ist fast noch geringer.“

Die Mitglieder des Willy-Brandt-Kreises: Egon Bahr, Elmar Brähler, Daniela Dahn, Hans-Joachim Gießmann, Günter Grass, Dieter Klein, Irina Mohr, Klaus Noé, Rolf Reissig, Edelbert Richter, Axel Schmidt-Gödelitz, Friedrich Schorlemmer, Klaus Staeck, Christoph Zöpel; sowie: Michael Brzoska/Reinhard Mutz, Institut für Friedensforschung, Hamburg; Lühr Henken, Hamburger Forum für Frieden, Völkerverständigung und weltweite Abrüstung; Willi Hoffmeister, Ostermarschkreis Ruhr; Jörg Hufschmid, Attac; Willi van Ooyen, Ostermarschbüro; Johannes Pfäfflin, Psychotherapeutischer Arbeitskreis für Betroffene des Holocaust e.V.; Peter Pogany-Wnendt, IPPNW; Werner Ruf/Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag; Horst Schmittthener, „Politikwechsel“; Horst Trapp, Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt/M.; Henning Zierock, Arno Gruen, Konstantin Wecker, Kultur des Friedens; und andere.

Unterzeichnungsmöglichkeit:
www.brandt-kreis.de

Mindestlöhne – SPD bläst Backen auf

Handelsblatt, 9.1., 11.1. rül. SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz und Fraktionschef Struck machen weiter Wahlkampf mit dem Thema Mindestlöhne. Am 10. Januar beriet Scholz mit Vertretern der beiden Regierungsparteien über seine Vorlagen zur Novellierung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungs-gesetzes. Angeblich sollen die Entwürfe unmittelbar danach in die Ressortabstimmung mit den anderen Ministerien gehen. Am gleichen Tag verkündete Fraktionschef Struck, „etwa zehn Branchen“ könnten einen Antrag auf Aufnahme in das novellierte Entsendegesetz stellen. Als Beispiele nannte er die Garten- und Landschaftsbau, Wachdienste und das Fleischerei- und Schlachtgewerbe. Schon vorher hatten Struck und andere auch Mindestlöhne für das Abfall-Entsorgungsgewerbe, für Friseure, Einzelhandel, Landwirtschaft, die Leiharbeitsbranche und das Hotel- und Gaststättengewerbe angekündigt. Tatsächlich sieht auch das novellierte Entsendegesetz vor, dass nur solche Branchen aufgenommen werden können, bei denen für mindestens 50

Prozent der Beschäftigten Tarifbindung besteht. Das ist bei den genannten Branchen aber oft nicht der Fall. Hinzu kommt, dass zum Teil auch die bisher abgeschlossenen Tarifverträge in diesen Branchen – z.B. bei Wachdiensten mit 4,50 Euro die Stunde, bei Friseuren noch weniger, ähnlich in der Landwirtschaft und im Hotel- und Gaststättengewerbe – so niedrig sind, dass mit einer Verallgemeinerung dieser Elendslöhne per Entsendegesetz nur wenig geholfen ist.

EU-Kommission kippt umstrittene Reform der Schutzzölle

afp, 11.1., hav. Wegen des heftigen Widerstands vieler EU-Staaten lässt die EU-Kommission die geplante Reform der Schutzzölle gegen Billigimporte vorerst fallen. „Ich werde keinen Gesetzentwurf vorlegen, solange die Mitgliedsländer uneins über die nötigen Reformen sind“, sagte Handelskommissar Peter Mandelson der Internetausgabe des „Handelsblatts“. Mandelson wollte seine Reformvorschläge in diesem Monat vorlegen, nachdem er sie bereits zweimal verschoben hatte. Die Neufassung der

handelspolitischen Schutzinstrumente war laut „Handelsblatt“ wichtigstes Gesetzesvorhaben des Briten. Deutschland und viele andere Länder fürchten den Angaben zufolge, dass Mandelson den Gebrauch von Anti-Dumping-Zöllen gegen Billigwaren aus Nicht-EU-Staaten deutlich erschweren will. Der Kommissar habe mehrfach betont, dass die wachsenden Produktionskapazitäten europäischer Unternehmen in Ländern wie China eine Reform dringend nötig machten. Unternehmen mit Produktionsstandorten in der EU forderten dagegen die Zölle. Der Handelskommissar warnte vor den Folgen des jetzt beschlossenen Aufschubs der Reform. „Die Konflikte in der EU bei der Entscheidung über Schutzzölle werden weitergehen“, sagte er. Niemand solle glauben, dass das Problem von alleine verschwinde. ||

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 14. Februar.
Redaktionsschlussstermin: 8. Februar.
Artikelvorschläge und Absprachen über
pb@gnn-verlage.de
Telefon: 0711 / 3 04 05 95, freitags von
7 bis 12 Uhr.

Koch sucht Wahlerfolg auf dem Rücken der jungen Migranten

Eine reaktionäre Kampagne stößt auf eine breite Kritikbewegung

Im hessischen Landtagswahlkampf vor acht Jahren mobilisierte Roland Koch mit einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft fremdenfeindliche, rassistische Ressentiments und führte damit die CDU aus der Opposition in die Regierung. Die äußerste Rechte applaudierte, die Bundes-CDU stellte sich nahezu geschlossen hinter Koch und übernahm die in Hessen begonnene Unterschriftensammlung für das ganze Bundesgebiet, SPD und Grüne wichen zurück – und die mehr als überfällige Reform des Staatsbürgerschaftsrechts kippte. Im diesjährigen Landtagswahlkampf – in den Umfragen liegt die Hessen-CDU bei 40% und könnte bei einem Einzug der LINKEN abgelöst werden – greift Koch auf das damalige Erfolgsrezept reaktionärer Mobilisierung zurück. Er nahm die Münchner Gewalttat zweier Jugendlicher gegen einen Rentner zum Anlass eines Law-and-Order-Feldzuges, der sich gegen das geltende Jugendstrafrecht wendet. Dabei dramatisiert Koch das Problem von Jugendgewalt und instrumentalisiert es für eine Kampagne – gegen junge Migranten. Wie schon 1999 gelingt ihm damit die reaktionäre Blockbildung: Die NPD applaudierte, und die Bundes-CDU stellte sich nahezu geschlossen hinter Koch. Sie verabschiedete am 5.1. eine „Wiesbadener Erklärung“, deren wesentlicher Schwerpunkt die „Jugendkriminalität“ ist und die unter den Losungen: „Vorbeugen, Hinsehen, Eingreifen“ die umlaufenden reaktionären Forde-

rungen zu einem Horrorkatalog zusammenfasst.¹

Fortsetzung des Kulturkampfes mit anderen Mitteln

Gegen diese reaktionäre Formierung jedoch entwickelte sich überraschend schnell und deutlich eine breite Kritikfront, die – bisher zumindest – auch verhindert hat, dass die SPD einfach umfällt. Angesichts dieser breiten Front, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Akzenten vom Zentralrat der Juden über die Deutsche Landjugend, die Gewerkschaft der Polizei, ver.di, Juristenvereinigungen, Verbänden von Sozialarbeitern bis hin zu Migrantenorganisationen reicht, fällt allerdings auf, dass die beiden christlichen Kirchen schweigen. Zwar startete die katholische Caritas mit einer herben Kritik an Koch die Kampagne „Achten statt ächten“ für benachteiligte Jugendliche. Und ein Sprecher des evangelischen Diakonischen Werks wandte sich schroff gegen den deutschen „Anstandskatalog“, den Koch in der „Bildzeitung“ veröffentlichte und in dem er zum Thema „Ausländerintegration“ Haarsträubendes von sich gab.² Dezidiert und eindeutig nahm auch der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) Stellung. Doch die beiden Amtskirchen blieben, im Unterschied zum Zentralrat der Juden und zu den Organisationen der islamischen Gemeinschaften, stumm.

Die gegenwärtige Kampagne ist vielseitig angelegt. Ein (nicht offen thematisierter) ist ihr Zusammenhang mit der Kriegssituation, in der sich die BR Deutschland befindet. Der Krieg gegen die islamische Welt wird unter kulturellen Vorzeichen geführt und war deshalb in der Gesellschaft der BRD von Anfang an mit einer starken Schließung gegenüber Millionen muslimischen Migranten verbunden. Der Krieg, der schon an der eigentlichen Front als Gemenge von operativ-militärischem und repressiv-polizeistaatlichem Einsatz geführt wird, entwickelte sich im Inneren als geheimdienstlich geführter kalter Krieg der Sicherheitsbehörden, die mit immer mehr Vollmachten ausgestattet werden, die sich gegen die Bürgerrechte wenden. An der „Heimatfront“ werden vor allem die Muslime als Sicherheitsrisiko betrachtet. Hier setzt die Kampagne an³, indem sie die „innere Sicherheit“ als Frage von jugendlicher „Ausländergewalt“ aufbereitet – ein bösartiger Versuch, die gemeinte Bevölkerungsgruppe praktisch von Kindesbeinen an zu isolieren.

Auch ohne wie bei anderer Gelegenheit den Kulturkampf mit Wortbeiträgen anzufachen, tragen die Amtskirchen diesen Kurs mit – dieses Mal durch beredtes Schweigen.

Behauptungen und Fakten

Die Fachleute, die es wissen müssen, verwenden viel Arbeit darauf nachzuweisen, dass die Kampagne auf einer verlogenen Behauptung aufbaut, nämlich auf der Behauptung zunehmender Jugendkriminalität, zumindest aber zunehmender Gewalt von Jugendlichen.

Innerhalb eines einzigen Tages unterschrieben 989 Hochschullehrer, Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Fachkräfte der Jugendhilfe, aus der Polizei und dem Jugendstrafvollzug eine Resolution gegen die Verschärfung des Jugendstrafrechts.⁴ Darin heißt es:

Für die Linksfraktion äußerte sich unter anderem Wolfgang Neskovic (9.1.08). Seine Einlassung macht zugleich deutlich, welche große Bedeutung dem Widerstand von Jugendrichtern und Staatsanwälten zukommt.

Schärfere Gesetze wären völlig wirkungslos

Zu der heutigen Sonderkonferenz der Landesjustizminister von Union und FDP, die über eine Verschärfung des Jugendstrafrechts beraten, erklärt Wolfgang Neškovic, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag:

Schärfere Gesetze führen nicht auto-

matisch zu höheren Strafen. Wer das Jugendstrafrecht pauschal verschärfen will, der übersieht offenbar, dass nicht der Gesetzgeber die Strafe im konkreten Fall festlegt, sondern die Jugendgerichte in richterlicher Unabhängigkeit. Die Gerichte verhängen aber nur selten die Höchststrafe. Von über 100.000 Angeklagten wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2006 bundesweit nur 91 Angeklagte zur höchsten Strafkategorie von fünf bis zehn Jahren verurteilt. Von den Heranwachsenden verbüßten nur vier Täter die Höchststrafe. Ein schärferes Jugendstrafrecht wäre also gemessen an der heutigen Strafzumessungspraxis völlig wirkungslos.

Die Jugendgerichte sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Sie nutzen das ausdifferenzierte Instrumentarium, um den Jugendlichen und Heranwachsenden zu helfen. Wollte die Politik ihren Anteil beisteuern, so müsste sie zunächst einmal den Rotstift in der Bildungs- und Sozialpolitik weglegen. Was Jugendliche brauchen, sind Bildungschancen, Kulturangebote, Ausbildungsplätze und Zuwendung. Denn: Die beste Kriminalpolitik war schon immer gute Bildungs- und Sozialpolitik.

Dass sich hier die Justizpolitiker und nicht die Bildungs- und Sozialpolitiker treffen, ist also schon der erste falsche Schritt.

„Weder ist die Jugendkriminalität insgesamt noch ist die Gewaltkriminalität junger Menschen in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Sämtliche Schülerbefragungen zur selbstberichteten Delinquenz (sog. Täterbefragungen) zeigen seit Beginn dieses Jahrhunderts (im Unterschied noch zu den 1990er Jahren) entweder eine weitgehende Konstanz oder gar einen Rückgang der Delinquenzbelastung, und zwar auch im Gewaltbereich.

Der jüngste Bericht der Bund-Länder-AG ‚Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf städtischen Ballungsräumen‘ (2007) für die Innenministerkonferenz stellt zutreffend fest, dass es zwar im Hellfeld (Daten der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik) einen Anstieg bei Körperverletzungsdelikten, einen Rückgang bei Raubdelikten und bei vorsätzlichen Tötungsdelikten gegeben hat. Es wird aber betont, es seien ‚keine gesicherten Aussagen zu den Fragen möglich, ob die Jugendgewaltkriminalität in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg zeigt‘ ... Nach den Ergebnissen der Dunkelfeldforschung sei die Ursache dieser Zahlen ‚eine vorrangig aufgrund steigender Anzeigebereitschaft zunehmende Aufhellung des Dunkelfeldes‘.“

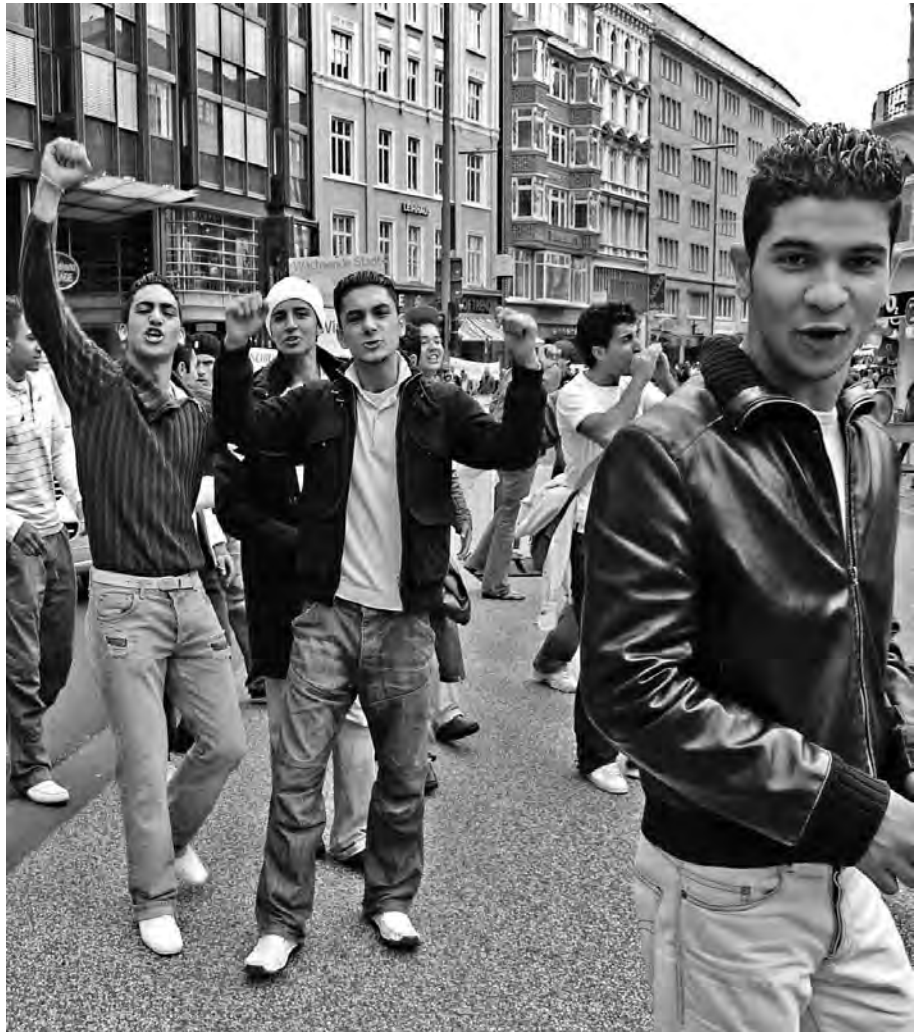
Auch die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. stellt in einer ergänzenden Stellungnahme klar:

„Die Entwicklung der Jugendkriminalität gibt keinerlei Anlass für die geforderten Verschärfungen. Denn weder aus den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik noch aus Dunkelfelduntersuchungen lassen sich für die letzten Jahre dramatische Steigerungen der Jugendkriminalität entnehmen. Wenn sich im Bereich der Körperverletzungsdelikte eine höhere Sensibilität der Bevölkerung zeigt, die zu mehr Anzeigen führt, ist das ein erfreulicher Aspekt – keiner, der zu Verschärfungen Anlass gibt.“⁵

Ausdrücklich wenden sich viele kritische Stellungnahmen gegen den Versuch, das Problem von Jugendgewalt zu ethnisieren, und die Forderung nach Abschiebung. Der Deutsche Bundesjugendring schreibt (9.1):

„Mit großer Sorge betrachtet der Deutsche Bundesjugendring die Zuspitzung des Themas auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die dabei gerade im Wahlkampf in Hessen entwickelten ‚Stammtisch-Parolen‘ sind teilweise von großer Ausländerfeindlichkeit geprägt und schaden den Integrationsanstrengungen.“

Die gemeinsame Erklärung mehrerer Juristenverbände, die auch vom Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. unterstützt wird, kritisiert auch die herrschende Praxis von Polizei und Justiz und warnt: „Mit der Abschiebung



Walter (s. Fußnote 8) sieht eine der Hauptursachen für die überproportionale Inhaftierung junger Migranten darin, dass sie infolge eines anderen kulturellen Hintergrundes durch die Gesellschaft und ihre Kontrollinstanzen einschließlich der Medien strenger und misstrauischer beobachtet werden. Das Bild zeigt junge afghanische Flüchtlinge in Hamburg auf einer Demonstration gegen ihre drohende Abschiebung.

straffälliger jugendlicher Ausländer ist bereits vor Jahren ein gefährlicher Weg beschritten worden. Jugendliche, die in Deutschland aufwachsen und hier straffällig werden, sind ein Problem dieser Gesellschaft, das nicht einfach abgeschoben werden kann. Der überproportional hohe und in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Anteil ausländischer Jugendlicher in den Jugendstrafvollzugsanstalten ist auch ein Ergebnis gescheiterter Integration. Ausländische Jugendliche werden schärfer kontrolliert, schneller verhaftet und deutlich öfter sowie zu höheren Freiheitsstrafen verurteilt als deutsche Jugendliche. Dies hat keineswegs zu einem Absinken der registrierten Straftaten in dieser Gruppe geführt. Einsperren und Abschieben sind keine Mittel zur Lösung gesellschaftlicher und sozialer Probleme.“⁶

Auf einen wichtigen Aspekt weist ein offener Brief von rund 100 Migrantenorganisationen an Bundeskanzlerin Merkel und Roland Koch hin: „Sie ethnisieren das Problem, obwohl Statistiken eindeutig belegen, dass die Gründe für Jugendkriminalität

in erheblichem Maße in dem sozialen Hintergrund der Betroffenen zu finden sind – und nicht etwa in ihrer Herkunft oder der Herkunft ihrer Eltern.“ Auch die Migrantenorganisationen lehnen die Abschiebung „entschieden ab, da (die Jugendlichen) in Deutschland sozialisiert wurden und das Problem ein hausgemachtes ist“.⁷

Ursachen von Jugendgewalt

In ihrer „Wiesbadener Erklärung“ glaubt die CDU unter dem Stichwort „Vorbeugen“ dem Versagen von Migrantenfamilien Hauptverantwortung zuweisen zu können:

„Die Familie ist und bleibt die wichtigste Erziehungsinstitution. Schulen können die Erziehungsarbeit der Eltern unterstützen und ergänzen, sie können sie aber nicht ersetzen. Daher müssen wir bei allem staatlichen Handeln das Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen im Blick haben und fördern. Parallelgesellschaften untergraben den notwendigen Zusammenhalt. ‚Multi-Kulti‘ wurde zu lange als Vorwand zum Wegschauen verwandt. Miteinander leben, heißt zuerst die Regeln

► des Zusammenlebens in Deutschland zu akzeptieren. Von ausländischen Familien erwarten wir, dass sie bereit sind, die deutsche Sprache zu lernen. Dies ist der Schlüssel zur Vermeidung von Parallelgesellschaften.“

Demgegenüber verweist der Leiter der JVA Adelsheim Dr. Joachim Walter – sein Aufsatz „Überrepräsentation von Minderheiten im Strafvollzug“⁸ wurde auf einer Pressekonferenz der Juristenverbände am 14.1. als Pressematerial verteilt – auf ein ganz anderes Problem: „Was am Deutlichsten vom Durchschnitt der Bevölkerung abweicht, sind natürlich die sozio-ökonomischen Bedingungen, unter denen die Migrantenfamilien leben. Hier sind zu nennen die erheblich ungünstigeren Einkommensverhältnisse, verbreitete Arbeitslosigkeit, ungünstige Wohnverhältnisse, bei Jugendlichen schlechtere Schul-, Bildungs- und Berufssituation.“

Nicht ein „Versagen“ von Migrantenfamilien, die die „Regeln des Zusammenlebens“ nicht beachten, sondern der Funktionsverlust der Familie kommt hier als Ursache vergleichsweise häufiger Straffälligkeit in Betracht. Deshalb beharren auch viele kritische Stellungnahmen dieser Tage darauf, dass die „höhere Kriminalitätsbelastung von jungen Zuwanderern“ „ein Problem ist, das hier entstanden ist“. Denn es sind vielfach „Jugendliche oder junge Erwachsene aus der zweiten oder dritten Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind“.⁹

Die Vermittlung sozialer Techniken, die den Jugendlichen den erfolgreichen Einstieg in das Erwerbsleben ermöglichen, kann kaum gelingen, wo die soziale Integration der Eltern fehlgeschlagen ist. Das ist überdurchschnittlich bei Migrantenfamilien der Fall. Das Problem wird noch dadurch verschärft, dass Migranten der ersten Generation mehrfache Brüche in ihrer Biografie aufweisen. So verlieren sie fast durchweg ihren früheren beruflichen Status, früher hauptsächlich, weil sie als ehemaligen Bauern für Hilfsarbeiten in der Industrieproduktion angeheuert wurden, heute deshalb, weil außerhalb der EU erworbene wissenschaftliche oder berufliche Abschlüsse bzw. Qualifikationen häufig nicht anerkannt werden.

Das Schulwesen schließt die Vermittlungslücke nicht. Das führt für Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen zum einen dazu, dass der Kampf um Anerkennung, der mit dem Erwachsenwerden verbunden ist, nicht auf den gebahnten Wegen erfolgen kann. Also wird der Kampf um Anerkennung mit anderen Mitteln geführt, die bei jungen Männern oft gewalttätig sind. Zum anderen gelingt der Einstieg in das Erwerbsleben nicht; damit schwindet auch die Aussicht

eines auskömmlichen Einkommens durch Arbeit.

Der Schluss liegt nahe, dass sich die so genannte Jugendkriminalität aus dem Misslingen des Kampfs um Anerkennung und dem Misslingen des Kampfs um Einkommen speist. Beides wird als brutale Zurückweisung durch die Gesellschaft erfahren.

Ausgrenzung versus Integration

Wenn die Familie die erforderlichen sozialen Techniken nicht oder weithin nur unzureichend vermitteln kann, fällt die Aufgabe der Heranführung Jugendlicher an das Erwerbsleben staatlichen Einrichtungen zu. Welche und wie, diese Frage steht jetzt zur Diskussion. Sie wird, vorerst eher allgemein, auch in praktisch allen kritischen Stellungnahmen aufgeworfen, so z.B. vom Bund der Deutschen Landjugend: „Aber genauso (wie die zu verbessernde Präventionsarbeit – Red.) entscheidend ist, welche Angebote die Gesellschaft in Sachen Bildung, Ausbildung, Jugendarbeit und Unterstützung von Familien und Kindern macht.“¹⁰

Die von Koch angestoßene Kampagne antwortet auf das reale Problem reaktionär: ausgrenzen, wegsperren, abschieben. Vor allem die Fachleute kritisieren, dass das kein einziges Problem löst, auch nicht die Sicherheit vor Straftaten.

Stellvertretend für viele der gemeinsame Erklärung der Juristenverbände⁶:

„Die hohe Rückfallquote der zu Freiheitsstrafen verurteilten Jugendlichen von nahezu 80% legt eindringlich nahe, dass der Freiheitsentzug nicht die versprochene abschreckende Wirkung besitzt. Für Jugendliche, die sich noch in der Phase der Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit befinden, gilt stärker als für Erwachsene, dass die Erfahrung von Freiheitsentzug eine Abkehr von der Gesellschaft und straffälliges Verhalten nur verstärkt.“

Auch die Gewerkschaft der Polizei Hessen wendet sich gegen Kochs Forderungen, indem sie dem Leiter des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Christian Pfeiffer zustimmt, der „härtere Strafen und Erziehungscamps als ungeeignet und teurer Illusionen mit extrem hohen Rückfallquoten“ bezeichnet.¹¹

Entschieden beziehen die Juristenverbände auch gegen die Diskussion über „Erziehungscamps“ Stellung, die bis weit in die SPD und die Grünen hinein unterstützt werden: „Die Erfahrungen mit den in einigen amerikanischen Bundesstaaten praktizierten ‚Boot-Camps‘ zeigen eindrücklich, wie wenig solche Lager geeignet sind, den Rechtsgüterschutz zu verbessern und Rückfallquoten zu senken. Wie der Jugendarrest, so zählt auch die Internie-

rung Jugendlicher in Lagern zu den Erfindungen der nationalsozialistischen Strafjustiz. Zuerst per Schutzhaftbefehl, später durch die Einführung des Jugendarrestes per Verordnung im Oktober 1940 sowie der Jugendgefängnisstrafe von unbestimmter Dauer (1941) und zuletzt auf der Grundlage des neuen Reichsjugendgerichtsgesetzes von 1943 wurden straffällige und unangepasste Jugendliche in den sog. ‚Jugendschuttlagern‘ Moringen und Uckermark bzw. Litzmannstadt (Lodz) inhaftiert. Vor diesem Hintergrund verbietet es sich, derart unbefangenen über die Einrichtung von Erziehungslagern zu reden.“

Christiane Schneider

- 1 www.cdu.de/doc/pdf/c/080105-wiesbadender-erklaerung.pdf. Gefordert werden vor allem: härtere Strafen, Warnschussarrest, Erziehungscamps, Erwachsenenstrafrecht für über 18-Jährige, mögliche Sicherungsverwahrung ab Strafen von 5 Jahren, Fahrverbot, zwingende Abschiebung von „Ausländern“ nach Verurteilung ab 1 Jahr.
- 2 „In Wohnvierteln mit hohem Zuwandereranteil muss es klare ‚Spielregeln‘ geben, deren Beachtung für das Miteinander zwingend einzuhalten sind und deren Nichtbeachtung selbstverständlich Konsequenzen haben muss. Unsere Sitten und Gebräuche können und sollen nicht ‚mir nichts dir nichts‘ über Bord geworfen werden. Respekt und Toleranz müssen beide Seiten vorleben. Deshalb nur als Beispiel: Die Sprache im Miteinander muss Deutsch sein, das Schlachten in der Wohnküche oder in unserem Land ungewohnte Vorstellungen zur Müllentsorgung gehören nicht zu unserer Hausordnung.“ Koch in der Bildzeitung vom 3.1.08
- 3 In den Wahlkampf eingestiegen war Koch Mitte Dezember mit der Forderung nach Burka-Verbot an den Schulen, um so besser „die Muslime zu integrieren“ – in Hessen ist kein einziger Fall einer Burka-Tragenden bekannt.
- 4 Stellungnahme zur aktuellen Diskussion um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, www.dvjj.de, 10.1.08
- 5 www.dvjj.de, 11.1.08
- 6 Vorgestellt auf einer Pressekonferenz am 14.1.08, www.die-strafverteidiger.de/cms/wp-content/uploads/2008/01/hande-weg-vom-jugendstrafrecht.pdf
- 7 www.tagesschau.de
- 8 www.jugendliche-in-haft.de/wp-content/2006/07/walter.pdf
- 9 Stellungnahme des DVJJ, s. Fußnote 5
- 10 <http://bdj.landjugend.info/>, 8.1.08
- 11 www.gdp.de/hessen, 3.1.08

Am 14. Dezember haben sich die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf eine „europäische Friedensmission“ im Kosovo verständigt. Man wolle die „europäische Verantwortung“ wahrnehmen, weil der Status Quo nach dem Scheitern der Troika-Verhandlungen „unhaltbar“ sei.

Kommentatoren bezeichnen den Beschluss als „Minimalkonsens“. Tatsächlich gibt es innerhalb der EU nach wie vor keine Einigkeit darüber, ob die Lostrennung des Kosovo unterstützt wird. Dagegen wenden sich vor allem Zypern, das einen Präzedenzfall befürchtet, der auch für die Zukunft Zyperns Folgen haben kann, und die Slo-

wakei, die mit Sorge die Bestrebungen der ungarischen Rechten beobachtet, die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten zu mobilisieren. Die slowakische Regierung setzt sich für die Lösung der Kosovo-Frage auf der Grundlage des Völkerrechts ein: Ohne eine neue UN-Resolution kann der Status nicht verändert werden. Demgegenüber erklärte der französische Präsident Sarkozy kurz und bündig: „Die Unabhängigkeit ist unausweichlich.“ Das deutsche Auswärtige Amt versucht in einer Stellungnahme eine Position aufzubauen, dass die Unabhängigkeit des Kosovo mit dem Völkerrecht zu vereinbaren sei.

Wird dokumentieren die Gegenstellungnahme der LINKEN.

Währenddessen ebnet der EU-Beschluss jedoch den Weg, diesen Teil des Balkans definitiv in ein EU-Protektorat zu verwandeln. Man werde die Unabhängigkeit anerkennen, wenn die Unabhängigkeitserklärung den „Wunsch nach internationaler Militärpräsenz beinhalten sollte“ und „nach Hilfe bei Polizei- und Justizaufbau“, so der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags Polenz. Wenn also das staatliche Gewaltmonopol bei der EU liegt. Für 2008 hat die EU vorerst 85 Mio. Euro dafür bereitgestellt. (Red.)

Prof. Dr. Norman Paech zur „Resolution des Sicherheitsrats 1244 (1999) und einer eventuellen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo“

Eine Gegenstellungnahme zur Kosovo-Position des Auswärtigen Amtes

Das Auswärtige Amt hat dem Außenpolitischen Ausschuss des Bundestages eine völkerrechtliche Einschätzung der „Resolution des Sicherheitsrates 1244 (1999) und eine evtl. Unabhängigkeitserklärung des Kosovo“ übermittelt. Darin vertritt es angesichts der als unvermeidlich angesehenen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Frühjahr 2008 im Wesentlichen drei Thesen: 1. Die Resolution 1244 (1999) des UNO-Sicherheitsrats verbiete ebenso wenig die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo wie die anschließende Anerkennung des Kosovo durch Drittstaaten. 2) Die Resolution 1244 (1999) gelte auch nach einer Unabhängigkeitserklärung des Kosovo weiter, was die Fortwirkung der Mandate für UNMIK und KFOR sicherstelle. 3) Dennoch sei eine ausdrückliche Einladung durch das unabhängige Kosovo für die internationalen Präsenzen wünschenswert.

Angesichts der Entschlossenheit der Kosovo-Albaner und der sie unterstützenden USA sowie der meisten EU-Staaten, die Abtrennung des Kosovo von Serbien voranzutreiben und in den nächsten Monaten durchzusetzen, können die zu ihrer Legitimierung vorgetragenen völkerrechtlichen Argumente nicht unwidersprochen bleiben.

1. Weder Resolution 1244 (1999) noch das allgemeine Völkerrecht erlauben die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

Resolution 1244 (1999) betont an verschiedenen Stellen, sowohl in der Präambel und dem Hauptteil, als auch in Anlage 2 die Verpflichtung aller Staa-

ten, „die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien“ (später Serbien) zu beachten. Diese Verpflichtung ist eine völkerrechtliche Selbstverständlichkeit, die sich auch ohne Rückgriff auf Resolution 1244 aus Art. 2 UN-Charta ergibt. Sie ist also nicht auf die durch Resolution 1244 eingerichtete Übergangsverwaltung beschränkt, sondern gilt unabhängig und jenseits von ihr.

Im Rahmen dieser völkerrechtlichen Pflichten ist durchaus eine Abtrennung des Kosovo von Serbien als endgültige Statuslösung möglich. Sie muss jedoch auf der einvernehmlichen Übereinkunft beider betroffenen Staatsteile beruhen, wie es z.B. bei der Trennung der alten Tschechoslowakei der Fall gewesen ist. Sind die Verhandlungen gescheitert, wie es offensichtlich jetzt angenommen wird, so eröffnet sich nicht automatisch ein Recht auf Sezession. Dies ist genauso wenig der Fall, wie sich nach einem Veto im UNO-Sicherheitsrat ein Recht auf militärische Gewaltanwendung eröffnet. Die einseitige Sezession wurde nur den kolonial unterdrückten Völkern in ihrem Kampf um Unabhängigkeit zur Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts zuerkannt. Nachdem diese Epoche der Dekolonisation bis auf einige wenige Fälle (z.B. Westsahara) der Geschichte angehört, wird eine einseitige Sezession nur noch den Völkern zuerkannt, denen nachhaltig die elementaren Grund- und Menschenrechte vorenthalten werden. Das ist jedoch beim Kosovo trotz aller dort in der Vergangenheit begangener Verbrechen heute nicht der Fall. Die neue serbische Verfassung vom Oktober 2006 erkennt

dem Kosovo ausdrücklich einen autonomen Status mit weitgehenden Selbstverwaltungsrechten zu.

Der UNO-Sicherheitsrat ist ebenso wie alle Mitgliedstaaten an die Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit gebunden und darf sich gem. Art. 2 Ziffer 7 UN-Charta nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen. Die Abtrennung eines Teils wäre aber auf jeden Fall eine solche unzulässige Einmischung. Eine derart einschneidende Entscheidung wäre auch nicht auf der Basis von Art. 42 Abs. 2 UN-Charta zur Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens möglich. Die Einrichtung des Jugoslawientribunals oder die Einschränkung der Souveränität des Irak im kurdischen Norden des Landes durch die Resolution 688 von 1991 sind zwar auf der Basis von Art. 42 Abs. 2 UN-Charta getroffen worden, sind aber mit Maßnahmen der Staatenteilung und -neubildung nicht vergleichbar. Auch die berühmte Teilungsresolution 181 von 1947 war keine konstitutive Teilung Palästinas, sondern nur ein Vorschlag.

Die Kontaktgruppe hat in den „Guiding Principles“ vom November 2005 ausdrücklich alle beteiligten Parteien davon unterrichtet, dass „die Regelung der Kosovo-Frage in voller Übereinstimmung mit den internationalen Standards der Menschenrechte, der Demokratie und des Völkerrechts erfolgen und zur regionalen Sicherheit beitragen“ solle und ferner, dass „jede Lösung, die einseitig oder mit dem Einsatz von Gewalt herbeigeführt werde, unakzeptabel sei.“ Sie hat also selber jedes einseitige Vorgehen nicht als

- Beitrag zu einer friedlichen Lösung angesehen, sondern als Störung des Friedens abgelehnt.

2. Die Anerkennung einer unzulässigen Sezession ist ein völkerrechtliches Delikt.

Ein Staat bedarf zu seiner Entstehung nicht der Anerkennung der UNO oder anderer Staaten. Er muss lediglich ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine effektive Staatsgewalt vorweisen. Letztere wäre jedoch beim Kosovo zweifelhaft. Dies vor allem deswegen, weil die Resolution 1244 weiterhin verbindlich ist und der Unabhängigkeitserklärung entgegensteht. Sie ist als Beschluss des UN-Sicherheitsrats gem. Art. 25 UN-Charta für alle UN-Mitgliedstaaten verbindlich und damit auch für die EU. Sie verbietet deshalb nicht nur eine Anerkennung des Kosovo als Staat, sondern auch die Ausbildung und Unterstützung seiner eigenen separaten Staatsgewalt, wie es die USA und die EU jedoch beabsichtigen. Statt den abgespaltenen Kosovo anzuerkennen, müsste die deutsche Leitung der UNMIK-Übergangsverwaltung gegen die Unabhängigkeitserklärung vorgehen und ihre Ungültigkeit erklären. Der Leiter der UNMIK ist gleichsam der von den Staaten bestellte Garant von Recht und Ordnung, der Wahrer des Völkerrechts, der nicht tatenlos seine eigene Entmachtung durch ein nicht legitimes Provinzparlament hinnehmen dürfte. So haben die Vorgänger des gegenwärtigen Leiters der Protektoratsbehörde im Kosovo schon bei weitaus geringeren Verstößen von Politikern des Kosovo von ihren Amtsvollmachten Gebrauch gemacht und die Akte per Dekret aufgehoben.

Die Regierung in Belgrad hat angekündigt, gegen eine Anerkennung des Kosovo vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu klagen. Ihr zentrales Argument wäre der Bruch des Völkerrechts durch die Anerkennung, da mit ihr das in der UN-Charta verankerte Prinzip der territorialen Unversehrtheit der Staaten verletzt wäre. Es ist derzeit nichts ersichtlich, was einen solchen Verstoß gegen das Völkerrecht rechtfertigen könnte – auch nicht die immer wieder beschworenen Unruhen, die bei einem weiteren Hinauszögern der endgültigen Entscheidung über den Status des Kosovo zu erwarten wären.

Die Staaten der EU würden mit einer Anerkennung zudem gegen ihre eigenen Prinzipien verstoßen. Die faktische Sezession Nordzyperns haben sie unter Hinweis auf das Völkerrecht ebenso nicht anerkannt, wie sie die Sezessionsbestrebungen der Kurden, Katalanen und der Basken ablehnen. Das Prinzip der territorialen Integrität geht in allen diesen Fällen dem

Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Form des Sezessionsrechts vor. Das Selbstbestimmungsrecht beschränkt sich auf die Einräumung von Autonomierechten, wie sie z.B. den Katalanen und Basken in weitgehendem Maße, den Kurden aber in gar keiner Weise eingeräumt worden sind.

3. Resolution 1244 (1999) kann eine einseitige völkerrechtswidrige Unabhängigkeitserklärung nicht überdauern.

Es ist zwar richtig, dass Resolution 1244 keine Befristung und keine auflösende Bedingung enthält. Sie dauert solange fort, bis der UN-Sicherheitsrat selbst eine neue Resolution beschließt. Dazu wird es auf Grund der unterschiedlichen Positionen vor allem der Veto-Mächte in absehbarer Zeit nicht kommen. Die Ansicht des Auswärtigen Amtes allerdings, dass der Sicherheitsrat auch nicht die einseitige Unabhängigkeitserklärung sowie die anschließende Anerkennung durch Drittstaaten zu einem Beendigungsgrund für seine Resolution machen wollte, sie also als Mandat für die UNMIK-Verwaltung wie die KFOR-Truppen fortbestehen würde, geht an der Realität vorbei. Es ist unverständlich, wie das Auswärtige Amt, ganz abgesehen davon, dass Deutschland seinerzeit nicht Mitglied im Sicherheitsrat war und es auch derzeit nicht ist, zu dieser Interpretation des Willens des Sicherheitsrats kommen kann.

Die Übergangsverwaltung, welche Resolution 1244 (1999) organisieren und garantieren sollte, wäre mit der Unabhängigkeit des Kosovo definitiv vorbei. Die Intention des Sicherheitsrats, den Endstatus mittels einer Vereinbarung zu erreichen, wäre durchkreuzt. Für ihn stand nie eine einseitige Unabhängigkeitserklärung, da völkerrechtswidrig, zur Debatte. Der Resolution 1244 (1999) wäre der faktische Boden entzogen, sie müsste durch eine neue Resolution ersetzt werden. Denn die Mandate für UNMIK und KFOR bezogen sich auf die Sicherung der Übergangsverwaltung. Sie können nicht nach der völkerrechtswidrigen Beendigung des Protektorats umstandslos für die neuen Aufgaben der Sicherung eines von dem Sicherheitsrat so nicht vorgesehenen Zustandes verwendet werden.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit durch die USA und die Mehrheit der EU-Staaten würde an dieser rechtlichen Situation zunächst nichts ändern. Solange der Sicherheitsrat keine neue Resolution verabschiedet, besteht die alte Resolution zwar fort. Allerdings vermag sie auf Grund der veränderten Situation nicht mehr das Verbleiben von UNMIK und KFOR im Kosovo auf der bisherigen Grundla-

ge zu legitimieren. Wenn beide nicht in der Lage sind, den völkerrechtsgemäßen Zustand zu gewährleisten, oder es nicht wollen, müssten sie sich zurückziehen.

Eine „Einladung“ durch ein „unabhängiges“ Kosovo an die internationale Staatengemeinschaft, ihre Truppen im Kosovo zu belassen, würde den Widerspruch zwischen völkerrechtswidrigem Status und politischer Entscheidung zunächst nicht auflösen können. Sie könnte allerdings ein Beleg für eine erstarkende effektive (kosovarische) Staatsgewalt sein und unterstreichen, dass der Prozess der Abtrennung faktisch vollzogen ist. Die militärischen Kontingente, die bislang als KFOR-Truppen fungiert haben, könnten ihre Legitimation aber nicht mehr auf die Resolution 1244 gründen.

4. Anstatt die Entwicklung bis zu diesem Punkt kommen zu lassen, die eine „kalte“ Aushebelung der Res. 1244 darstellen würde, müsste alles getan werden, um sie im letzten Augenblick noch zu verhindern.

Gegen den erklärten Willen der Kontaktgruppe und der USA dürften die Politiker im Kosovo es nicht wagen, ihre Unabhängigkeit von Serbien zu erklären. Sollten sie es dennoch tun, wäre die unmittelbar folgende Anerkennung das falsche Signal. Auf jeden Fall hätte sie schwerwiegende Folgen für die Glaubwürdigkeit der Ordnungs- und Friedenspolitik der NATO-Staaten. Sie haben schon 1999 unter Verletzung des Völkerrechts Jugoslawien bombardiert und würden nun eine staatliche Neugründung fördern, die sie zwar für unvermeidbar halten, die aber erneut das Völkerrecht missachtet. Eine solche Politik untergräbt nicht nur ihre eigene Glaubwürdigkeit und führt zu neuen internationalen Spannungen, sondern trägt zur Erosion zentraler Prinzipien des Völkerrechts bei, wie die Gleichheit und Souveränität der Staaten, die territoriale Integrität und die Unversehrbarkeit der Grenzen. Insofern ist die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes kein Beitrag zu einer Friedenslösung sondern das Gegenteil davon. Sie steht in diametralem Widerspruch zu dem ausdrücklichen Bekenntnis des Auswärtigen Amtes zum Völkerrecht als Grundlage seiner Außenpolitik. Eine wiederholte Missachtung des Völkerrechts führt nämlich zu seiner Schwächung und zeitigt negative Konsequenzen für die Lösung anderer vergleichbarer Konflikte. Sie wird sich schließlich auch gegen die Staaten selbst wenden, die seine Prinzipien jetzt unterlaufen. Vor einer solchen Politik ist dringend zu warnen.

*Hamburg, 3. Januar 2008
Prof. Dr. Norman Paech, MdB*

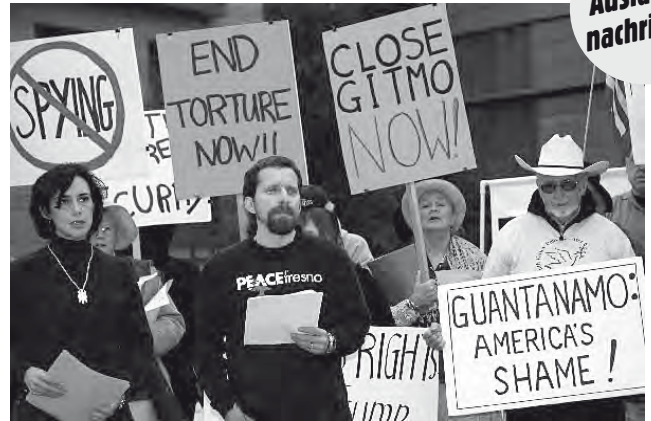
USA–Iran: Option Eskalation

Nach Angaben der USA soll es Ende Dezember zu gefährlichen Zwischenfällen im Golf von Hormuz gekommen sein. Danach feuerte am 19.12. ein amerikanisches Kriegsschiff Warnschüsse gegen iranische Schnellboote, die sich angeblich mit großer Geschwindigkeit genähert und den Kurs erst nach den Schüssen geändert hatten. Drei Tage später habe sich die Situation wiederholt, allerdings habe man keine Warnschüsse abgegeben. Die US-Regierung sprach von einer Änderung der iranischen Strategie; die Schnellboote der Revolutionsgarde würden nunmehr aggressiver zum Einsatz kommen. Der Zwischenfall am 19.12. „sollte uns alle daran erinnern, wie real die Bedrohung durch den Iran ist und wie sehr wir bereit sind, dieser Bedrohung zu begegnen, wenn es dazu kommt“, erklärte US-Generalstabschef Mullen. Angeblich habe eine Stimme per Funk damit gedroht, die drei amerikanischen Schiffe zu sprengen. Später musste man allerdings einräumen, es sei unklar, ob diese angebliche Drohung mit dem Zwischenfall in Verbindung steht. Dann zeigte ein iranisches Video einen deutlich abweichenden Verlauf. Demnach forderte ein iranischer Offizier ein US-Kriegsschiff auf, seine Kennnummer zu nennen; dessen Kapitän antwortete, sich in internationalen Gewässern zu befinden, und drehte ab. So oder so zeigt der Vorfall vor Bushs Nahost-Reise die Bereitschaft der USA, den Konflikt zu eskalieren. Der US-Präsident greift auf seiner Reise, in deren Verlauf er auch auf zahlreichen US-Stützpunkten spricht, Iran als „führenden staatlichen Sponsor des Terrorismus“ an.

Tschechien: Christdemokratischer Vorstoß gegen Roma

Erneut hat der Vorsitzende der Christdemokraten Cunej eine Kampagne gegen Roma losgetreten. Die Karriere dieses Herrn ging steil nach oben, als er, damals noch Bürgermeister von Vsetin, versuchte, zahlreiche Roma-Familien in Container zwangsumzusiedeln, weil sie die Wohnungsmieten nicht bezahlt hatten. Er sehe sich als „Arzt, der ein Geschwulst entfernt“, hatte er sein Vorgehen begründet. Jetzt macht er Schlagzeilen mit der Forderung, Clan-Strukturen aufzubrechen und Roma-Gettos aufzulösen. Roma-Kultur und -Wertesystem stünden vielfach im Widerspruch zur „Liste der Grundrechte und -freiheiten“ der tschechischen Verfassung, so Cunej. Schätzungsweise gibt es in Tschechien über 300 Armenhäuser, -straßen und -viertel, in denen überwiegend Roma leben, insgesamt wohl bis zu 80.000 Menschen. Die Mehrheit der erwachse-

nen 75 Städten rund über den Globus forderten am 11. Januar zahlreiche Menschen auf Kundgebungen und Demonstrationen die sofortige Schließung des Lagers Guantanamo (Bilder: San Francisco, Tschechien). Auf den Tag genau waren dort vor sechs Jahren die ersten 20 „feindlichen Kämpfer“ eingeliefert worden. In Washington nahm die Polizei 75 Demonstranten fest. Aufgerufen hatten amnesty international und örtliche Anti-Folter-Komitees. – Über 800 Gefangene wurden in den ersten Monaten nach Guantanamo überstellt. Heute sollen nach offiziellen Meldungen noch 275 Gefangene dort sein; nach der Zählung eines britischen Journalisten dagegen sind es mindestens 281 Männer, amnesty international spricht sogar von 430 Gefangenen. Erst vier Jahre nach Eröffnung hatte das Pentagon erstmals eine umfangreiche Namensliste veröffentlicht; nichts veröffentlicht wurde über Namen und Zahl der so genannten „Geisterhäftlinge“, über die von den Behörden strikte Geheimhaltung verhängt wurde. Nachweislich haben vier Gefangene Suizid begangen, zahllose andere haben dies versucht, zuletzt im



Dezember ein algerischer Gefangener, der sich mit seinem Fingernagel die Kehle aufschlitzte, jedoch überlebte. In dem rechtsfreien Raum waren und sind die Gefangenen der Folter ausgesetzt. Bis heute haben sie kein Recht auf eine Anhörung, ein Verfahren oder ein Urteil. Die rechtliche Auseinandersetzung darüber dauert an und wird vermutlich erst im Sommer zu einer Klärung führen. Auch dass Guantanamo nur der sichtbare Teil eines weltweiten Netzes rechtswidriger US-Hafteinrichtungen und Lager ist, ist bekannt. Aber immer wieder geben Meldungen neuen Aufschluss darüber, wie umfangreich dieses Netzwerk ist. Am 7.1.08 berichtete die New York Times, dass auf dem afghanischen Bagram-Militärstützpunkt nördlich von Kabul rund 630 Gefangene mit dem rechtlosen Status eines „feindlichen Kämpfers“ einsitzen. (Quelle: ai, ND 11.1.)

nen Roma ist arbeitslos. Roma-Kinder werden oft auf Sonderschulen abgeschoben. Erst im November 2007 hatte der Europäische Gerichtshof geurteilt, dass Roma-Kinder durch diese Praxis diskriminiert werden. – Den nächsten Schritt zur Auflösung der Gettos sieht der Christdemokrat ausgerechnet darin, Sozialleistungen an Roma an die Bereitschaft zu binden, angebotene Arbeiten aufzunehmen. Roma-Vertreter kritisierten den Vorstoß heftig. Cunejs nutze wieder einmal das schlechte Image der Roma in der tschechischen Gesellschaft, um seine eigene Popularität zu erhöhen. (Quelle: tschechien-online.org)

Ozeanien: Protest gegen Eika-Wachswerke Fulda

Australische und ozeanische Umweltschützer protestieren gegen die Absicht der größten deutschen Kerzenfabrik, die Eika-Wachswerke in Fulda, weitere Ölpalmen-Plantagen zu errichten. Palmöl wird nicht nur in der Kerzen-

und Nahrungsmittelindustrie eingesetzt. Hauptantrieb für die weltweit exzessive Expansion der Anbauflächen ist die steigende Verwendung als Agrarstoff, der als vermeintlich umweltfreundliches Brennmaterial Erdöl ersetzen soll. Auch die Eika-Wachswerke wollen mithilfe weiterer Ölpalmen-Plantagen ihre neue „Bio-Produkt-Linie“ entwickeln. Die Umweltschützer weisen jedoch darauf hin, dass Palmöl für industrielle Zwecke nichts mit „Bio“ zu tun hat, sondern verantwortlich ist für die Vertreibung von Kleinbauern, den Einsatz von Agrargiften mit allen Folgen für die Gesundheit der Plantagenarbeiter, die Ausweitung von Monokultur und nicht zuletzt die Vernichtung von Regenwald. Auf Sumatra und Borneo etwa hat der Agrarsprit-Boom dazu geführt, dass riesige Torfwälder kahlgeschlagen, trockengelegt und abgebrannt wurden. Eine ähnliche Entwicklung droht jetzt vor auf vielen pazifischen Inseln. (Quelle: Sydney Indymedia)

Zusammenstellung: scc



Attac startet Kampagne gegen die vier großen Stromkonzerne. BERLIN. Mit einer phantasievollen Aktion vor der RWE-Repräsentanz in Berlin hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac am 2.1.2008 gegen die geforderte Politik der vier großen Stromkonzerne und die jüngsten Strompreiserhöhungen protestiert. Die Aktion bildete den Auftakt zu einer Attac-Kampagne gegen die Stromkonzerne. „Wir sprechen EON, RWE, Vattenfall und EnBW die Existenzberechtigung ab und fordern ihre Enteignung, Zerlegung und Überführung in kleinere Einheiten unter demokratischer Kontrolle“, sagte Jutta Sundermann vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Mit den vier Energieriesen werde es weder wirksamen Klimaschutz geben noch soziale Stromversorgung und demokratische Kontrolle der Energiewirtschaft. Ursache für die Macht der Stromkonzerne ist laut Attac auch eine falsche Energiepolitik, die auf die Expansion von Energiekonzernen ins Ausland setzt, um fossile Rohstoffquellen und Transportwege zu sichern. Die dabei entstehenden Strukturen behindern den Umbau zu einer ökologischen und sozialen Energieversorgung. www.attac.de

Mumias Anwalt in Berlin: Unterstützung 2008

BERLIN. Mumias Hauptanwalt Robert R. Bryan sprach am Samstag, den 12.01.08 erneut in Berlin. Er nahm als Redner an der Rosa-Luxemburg-Konferenz teil und berichtete am Nachmittag vor einem großen Publikum über den aktuellen Stand des Verfahrens. Zunächst gab es wie bereits im letzten Jahr eine von Mumia per Telefon gesprochene Grußbotschaft an die Konferenzteilnehmer/innen. Mumia führte aus, dass es in Anlehnung an einen anderen bekannten Mann mit Bart notwendig sei, die Welt nicht nur zu verstehen, sondern auch zu verändern. Er äußerte die Hoffnung, dass viele Menschen im Zeitalter der Globalisierung diese nicht hinnehmen und stattdessen einen grundsätzlich anderen Weg, nämlich den revolutionären, wählen werden.

Danach fasste Mumias Hauptanwalt Robert R. Bryan die juristische Situation zusammen und erklärte in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig ein neues Verfahren für das Leben und die Freiheit seines Mandanten ist. Er forderte Interessierte zum wiederholten Mal auf, „Lärm zu schlagen“, womögliche Differenzen zu überwinden, und nichts unversucht zu lassen, in dieser wichtigen Phase aktiv zu werden. Er endete seine Rede mit teilweise persönlichen Grüßen an Aktivist/innen der Unterstützer/innenbewegung. Konkrete Unterstützungsmöglichkeiten gäbe es viele. Die einfachste wäre es, jetzt Mumia verstärkt zu schreiben. Eine Postkartenaktion sei

in Vorbereitung und werde demnächst veröffentlicht.

<http://de.indymedia.org>
<http://abu-jamal-news.com>

Über 60 Großplakate rund ums Parlament

BERLIN. Die erste argumentative Belagerung des Bundestags ist gestartet: Seit dem 11.1.2008 belagern die zehn besten Argumente von Compact-Aktiven gegen Gentechnik in der Landwirtschaft das Parlament. Auf 63 Großplakate haben sie die Argumente gedruckt. Diese hängen nun auf Werbeflächen rund um den Bundestag. So wird den Abgeordneten auf ihrem Weg zur Arbeit klar, warum die Mehrheit der Bürger/innen gegen Gentechnik im Essen und auf den Äckern ist. Diese Belagerung kommt genau zum richtigen Zeitpunkt: Noch im Januar möchte der Bundestag das umstrittene Gesetz, das den Anbau von Gen-Pflanzen regelt, beschließen. Die Plakate werden vom 11. bis 21. Januar hängen. Ab dem 21. Januar gehen die Argumente auch über die Videobildschirme in den Ber-



liner U-Bahnen. Spenden von Compact-Aktiven haben dies ermöglicht.

www.compact.de

Protesttag der Studierenden am 26.1.2008

FRANKFURT A. M. Auf einem Vernetzungstreffen von Studierenden in Hamburg haben sich die Teilnehmer/Innen darauf verständigt, zu einem bundesweiten dezentralen Aktionstag am 26. Januar 2008 aufzurufen. Da am 27.1.08 in Hessen Landtagswahlen sind und zudem die eingereichte Verfassungsklage gegen die Studiengebühren bisher sehr erfolgreich verlaufen ist, rufen das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), das Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit (BPM) und die GEW politisch Aktive und Studierende dazu auf, an diesem Tag nach Frankfurt zu kommen oder sich in ihrer Stadt am Aktionstag zu beteiligen.

Gemeinsam wollen die GEW, das ABS und das BPM auf zwei Kundgebungen die momentanen Mißstände thematisieren und wiederholt ihre Kritik und ihre Forderungen deutlich machen:

Die Wiedereinführung des gebührenfreien Studiums, also die Abschaffung von Studiengebühren und Studienkonten – Für ein freies Studium, eine bedarfsgerechte und von den Eltern unabhängige Finanzierung aller Studierenden – Sofortige Einführung der Verfassten Studierendenschaft sowie deren rechtliche Verankerung in den Hochschulgesetzen der jeweiligen Länder – Für die Studierenden und ihre Vertretungen das Recht auf ihre eigene Meinung und das politische Mandat, also die Abschaffung des Maulkorbs den die Studierenden seit 30 Jahren tragen müssen.

www.abs-bund.de



Red Hand Day 2008/2009 – Aktion Rote Hand am 12.2.2008

BERLIN. Seit 12. Februar 2002 ist gemäß UN-Kinderrechtskonvention der Missbrauch von Kindern als Soldaten verboten. Leider hat sich die Zahl der Kindersoldaten seither kaum verändert. Immer noch werden etwa 250.000 Kinder in den Kriegen der Erwachsenen ausgenutzt. Kinder und Jugendliche haben die Aktion Rote Hand gestartet und rufen Jung und Alt auf

mitzumachen. Gemeinsames Ziel der weltweiten Aktion: Die Verantwortlichen in New York sollen von den vielen roten Händen und Forderungen beeindruckt werden und handeln! Am Red Hand Day 2009 (12. Februar), dem internationalen Kindersoldaten-Gedenktag, sollen deshalb den UN-Politikern in New York eine Million rote Hände übergeben werden. Mit großen Veranstaltungen in vielen Städten und Ländern wird an diesem Tag die Forderung unterstützt. www.tdh.de

Programmatistische Schwerpunkte der Friedensbewegung für 2008

BERLIN. Die Friedensbewegung setzt in ihrem diesjährigen Aktionsplan mit den Kriegen in Afghanistan und Irak ihre Schwerpunktthemen. Außerdem wird die Militarisierung der EU kritisiert und eine Rückkehr zum Völkerrecht gefordert. Das vergangene Jahr hatte für die Friedensbewegung mit der zentralen Demonstration gegen die Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan seinen Höhepunkt. 2008 scheint ein ähnlich ereignisreiches Jahr für sie zu werden.

Vorläufige Termine bis zum Juni 2008:
26. Januar „global action day“ (Weltsozialforum) **27. Januar:** Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz **30. Januar:** 75. Jahrestag der Machtübertragung an den deutschen Faschismus **8. bis 10. Februar** (Fr-So): NATO-Sicherheitskonferenz in München (s.a. Seite 24 dieser Zeitschrift) **8. bis 9. März (Sa/So):** Irak-Konferenz in Berlin zum 5. Jahrestag der Invasion **21. bis 24. März:** Ostermärsche/internationale Aktionen anlässlich des 5. Jahrestages des Irak-Krieges **1. Mai-Kundgebungen** der Gewerkschaften **8. Mai (Donnerstag):** Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus **15. Mai** Tag der Kriegsdienstverweigerer (Anti-Rekrutierungsaktion) **7./8. Juni** (voraussichtlich): Afghanistan-Konferenz
 4.1.2008, www.neues-deutschland.de
www.uni-kassel.de/fb5/frieden

Sozialverband startet „Aktion gegen Armut“

MÜNCHEN. Der Sozialverband VdK startet in diesem Jahr eine bundesweite Kampagne „Aktion gegen Armut“. Das Kernstück der im Februar beginnenden Kampagne bilden Plakatomotive zur Kinder- und zur Altersarmut in Deutschland, die auf 10.000 Werbeflächen zu sehen sein werden. Die Vizepräsidentin des VdK Deutschland, Ulrike Mascher, die auch Landesvorsitzende des VdK Bayern ist, der die Kampagne initiierte und entwickelte, bezeichnete es als beschämend, dass 2,5 Millionen Kinder und drei Millionen Rentner in Deutschland in Armut leben müssen. Mascher wörtlich:



„Kinderarmut und Altersarmut ‚made in Germany‘ ist ein Armutszeugnis für unser reiches Land. Mit unserer Kampagne wollen wir Politik, Wirtschaft und Bevölkerung aufrütteln und das öffentliche Bewusstsein für die wachsende Armut im Land schärfen.“

Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung bekräftigte Ulrike Mascher ihre Forderung nach einem Armutsbeauftragten in Bund und Ländern. Sie legte einen die „Aktion gegen Armut“ begleitenden Forderungskatalog vor, in dem unter anderem die Anhebung des Hartz IV-Satzes für Kinder, Erwachsene und Rentner von mindestens 20 Prozent gefordert wird. „Von Hartz IV kann sich kein Mensch gesund und ausgewogen ernähren“, betonte Mascher. Außerdem müsse dafür gesorgt werden, dass jedes Kind ein kostenloses Mittagessen in der Schule oder der Kindertagesstätte bekommt. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen fordert der VdK die Wiedereinführung der 1997 abgeschafften Vermögensteuer. Mascher: „Angesichts des wachsenden Reichtums auf der einen und der zunehmenden Armut auf der anderen Seite, kann man den wohlhabendsten 5 Prozent der Bevölkerung durchaus wieder eine Vermögensteuer zumuten.“

www.vdk.de

Weltsozialforum: Aktionstag am 26.1.2008 überall auf der Welt

BERLIN. Die Europäische Vorbereitungsversammlung (EPA) für das Europäische Sozialforum (ESF) in Malmö (18.–21.9.) fand vom 30.11.–2.12.2007 in Istanbul statt. Gut 100 Personen nahmen teil, viele aus der Türkei und Schweden. Die meisten europäischen Länder waren vertreten, die Beteiligung aus Ost- und Zentraleuropa aber eher schwach. Aus Deutschland war Attac, das Cuba-Netzwerk, Euromärkte und die Rosa-Luxemburg-Stiftung dabei. Attac war mit Aktiven aus Deutschland, Frankreich, Norwegen, Österreich und Ungarn vertreten. Insgesamt ist die Zahl der vertretenen Organisationen eher etwas geringer geworden als bei der vorherigen Versammlung. Insbesondere fehlt die Beteiligung vieler großer Organisationen. Man kann nicht sagen, dass der Prozess für Malmö schon wirklich an Fahrt aufgenommen hätte, von Schweden abgesehen. In vielen Ländern ist also noch viel zu tun.

Das Weltsozialforum findet 2008 in Form eines globalen Aktionstages statt. Überall auf der Welt soll es Aktionen geben. Die lokalen, nationalen Gruppen können die Themen nach ihren eigenen Wünschen wählen. Einige Tage vorher soll es überall zum gleichen Zeitpunkt Pressekonferenzen geben. Schwerpunkte sind bisher Lateinamerika, Nordamerika und Europa. Es wird aber z.B. auch Aktionen in Indien, Korea, Palästina, Afghanistan und Irak geben. Aktionen sollen angemeldet werden auf <http://www.wsf2008.net/de>.

**Aktionen ...
Initiativen**

www.dsf-gsf.org

„Zug der Erinnerung“: Initiativen wollen der Bahn keinen Cent zahlen

BERLIN. Der „faktische Boykott“ der Deutschen Bahn AG und des Berliner Verkehrsministeriums gegen den „Zug der Erinnerung“ löst in Europa Befremden aus. Die Bahn AG, größter Schienenlogistiker auf dem Kontinent, verlangt für das Gedenken an die europäischen Deportationsopfer des NS-Vorgängerunternehmens („Deutsche Reichsbahn“) mehrere zehntausend Euro. So werden Gebühren für die Gleisnutzung gefordert, weil der „Zug der Erinnerung“ mit einer Ausstellung über die deportierten Kinder und Jugendlichen auf dem deutschen Schienennetz fährt. Weitere Gelder werden verlangt, weil die Besucher auf dem Weg zur Ausstellung die Bahnsteige betreten. Auch für die Beleuchtung der Opferfotos und letzten Briefe im „Zug der Erinnerung“ will die Bahn AG hohe Summen kassieren – insgesamt mehr als 50.000 Euro. Dieses Vorgehen hatte die deutsche Presse als „skrupellos“ bezeichnet. Jetzt informieren auch ausländische Medien über die offenen Versuche, den „Zug der Erinnerung“ durch maßlose Finanzforderungen zum Halten zu bringen. Die Initiatoren rufen im Ausland dazu auf, Protestschreiben an die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik zu richten. Der Zug soll am 8. Mai mit mehreren hundert Jugendlichen in der Gedenkstätte Auschwitz eintreffen. „Wir werden der Deutschen Bahn AG keinen Cent zahlen“, kündigen die Bürgerinitiativen in einem Interview an. www.german-foreign-policy.com

Sozialtarif für Strom und Gas in Köln durchgesetzt

Auf der Ratssitzung vom 13.12.07 wurde in Köln ein Sozialtarif für Strom und Gas beschlossen. Der gemeinsame Antrag von DIE LINKE. Köln, SPD und Bündnis 90/Die Grünen war auf Initiative der LINKEN entstanden. FDP und CDU stimmten gegen den Antrag. Hier die Rede zum Antrag von Jörg Detjen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren,
2 Tage nachdem wir unseren Antrag beim Oberbürgermeister eingereicht haben, titelte der „Kölner Stadt-Anzeiger“: 2008 wird Strom richtig teuer.

Wir sind mit unserem Antrag nicht nur aktuell, sondern wir treffen auch den Nerv der Zeit und zeigen eine soziale Alternative auf, wie armen Menschen geholfen werden könnte. Strom und Gas sind ein öffentliches Gut, das vor allem kommunale Unternehmen den Menschen vor Ort anbieten und zur Verfügung stellen. Deshalb ist es auch die Aufgabe des Stadtrat, sich mit diesem Thema intensiv zu befassen.

Wir haben vorhin eine Resolution zum SGB II verabschiedet. Das ist

schön und gut. Wir müssen aber auch handeln, aktiv sein gegen die zunehmende Armut in dieser Gesellschaft. Der Sozialtarif für Strom und Gas kann die Armut nicht aufheben, er kann sie aber mildern.

Die Linke. Köln fordert von der Bundesregierung endlich zu handeln, die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt umzusetzen. Eine bundeseinheitliche Regelung für die Einführung eines Sozialtarifs ist längst überfällig.

Andere Ländern haben das längst hinbekommen.

Wir müssen aber auch die RheinEnergie AG bitten, zu diesem Thema aktiv zu werden. Es ist ja schön und gut, das das Unternehmen mit über 700.000 Euro Kunst und Kultur in dieser Stadt fördert – das ist sicher auch sozial –, aber



das Unternehmen muss sich auch mit der Kundenstruktur beschäftigen: Mit den sozialen Anliegen und den sozialen Problemen der Menschen. Das ist elementare kommunale Daseinsvorsorge. Es darf nicht sein, dass Menschen, die in sozialer Not sind, einfach der Strom abgestellt wird.

Was bedeutet die Aussage des Grundgesetzes Art. 14 „Eigentum verpflichtet“ für ein kommunales Unternehmen, das doch eigentlich den Kölnerinnen und Kölnern gehört, in doppelter Hinsicht:

- Gegenüber den Eigentümerinnen und Eigentümern und
- gegenüber den Kunden, die in sozialer Not geraten sind.

Dies ist eine spannende Frage, über die wir zusammen mit der RheinEnergie in den nächsten Monaten diskutieren wollen.

Meine Damen und Herren, der Köln-Pass ist ein Erfolgsprojekt und hilft den Menschen in dieser Stadt.

Ein Sozialtarif der RheinEnergie schafft neue Möglichkeiten, mit den Kunden in Verbindung zu treten.

Kämpfen wir gemeinsam darum, dass soziale Not gemildert wird und dass die städtischen Unternehmen ihre Vorbildfunktion ausbauen.

Und verlangen wir von der Bundesregierung, eine bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen.

Strom und Gas für alle: Das Menschenrecht auf ein würdiges Leben schließt auch die Versorgung mit Strom und Gas ein. Letzt diese Gleichgültigkeit elementare Menschenrechte. Der Bund der Energieverbraucher zeigt, wie andere Länder dieses

Großbritannien: (15. Juli 2007) Im Oktober 2003 starben die Eheleute Bates im Alter von 89 und 86 Jahren. Monate zuvor hatte ihr Gasversorger sie vom Netz getrennt.

In Großbritannien löste der Tod des alten Ehepaars eine breite öffentliche Diskussion aus. Die Zahl der Versorgungseinstellungen wegen unbezahlter Rechnungen sank von 26.000 Fällen im Jahr 2001 auf nur 3.000 Fälle im Jahr 2005. In den meisten Fällen nimmt der Versorger die Lieferung nach 14 Tagen wieder auf. Etwa 1,2 Millionen Kunden leisten Nachzahlungen für frühere Lieferungen.

Offensichtlich haben viele Verbraucher Zahlungsschwierigkeiten.

Eine Strom- oder Gassperre darf daher nur das allerletzte Mittel darstellen, denn ihre staatliche Versorgungslizenz verpflichtet die Versorger dazu, winterliche Abschaltungen bei Älteren, Behinderten und chronisch Kranken zu vermeiden.

Die Aufsichtsbehörde Ofgem und die Verbraucherschutzorganisation Energy Watch haben konsequent und über Jahre an diesem Problem gearbeitet. Gemeinsam haben sie Richtlinien zur

Vermeidung von Schulden und Sperren erstellt.

Darin geht es um die sechs Themenfelder:

- Reduzierung von Abrechnungsfehlern,
- Identifizierung von in Schwierigkeiten befindlichen Kunden,
- Verbesserung der Energieeffizienz,
- flexible Rückzahlungspläne,
- nachhaltige Lösungen für Kunden in extrem belasteten Lebenssituationen und
- Hilfe für diejenigen, die unfähig zur Regelung ihrer eigenen Verhältnisse sind.

Die Versorger haben Strategien entwickelt, die auf diesen Richtlinien aufbauen. Zudem hat die Regulierungsbehörde Ofgem folgende Ratschläge veröffentlicht: Versorger sollten die von den Betroffenen angebotenen Rückzahlungssummen akzeptieren. Wenn die zugesagten Raten ausbleiben, dann sollte ein Münzzähler installiert werden. Nur in Fällen, in denen das nicht möglich ist, kommen Versorgungssperren in Frage. In Großbritannien sind 3,4 Millionen Münzzähler für Strom und 2,1 Millionen Münzzähler für Gas

installiert. Die Versorgungswirtschaft hat auf Anregung der Regulierungsbehörde eine gemeinsame Datenbank aufgebaut, in der besonders schutzwürdige Verbraucher erfasst sind.

Eine Untersuchung aus dem Jahr 2005 hat zudem ergeben, dass einige Versorgungsunternehmen Haushalte auf der Basis fehlerhafter Namen, Adressen und Zählerstände sperrten. Einige der Betroffenen hatten gar keine Schulden, andere waren nicht einmal Kunden dieses Versorgers, mussten aber dennoch Tage oder sogar Wochen auf Strom oder Gas verzichten.

Belgien hat ein System eingeführt, das die OECD als weltweit bestes Modell sozialen Ressourcen-Managements bezeichnet. In ganz Belgien können sozial Bedürftige eine Strommenge von 500 Kilowattstunden kostenlos beanspruchen. Auch eine Gasmenge von 556 Kilowattstunden zum Kochen gibt es umsonst. Für die Gasheizung und den Strom gelten Sozialtarife, die allerdings nicht immer günstiger sind als die Normaltarife. Darüber hinaus gibt es Hilfszahlungen, um bedürftigen Haushalten die Zahlung der En-

Der beschlossene Antrag „Sozialtarife für Strom- und Gasbezug

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Antragsteller bitten Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 13. Dezember 2007 aufzunehmen:

Beschluss:

Laut Bund der Energieverbraucher werden in Deutschland jährlich 840.000 Strom- und Gassperren verhängt. Die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt (2003/54/EG) verfügt dazu, dass die Mitgliedstaaten „erforderliche Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können ... spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeinere Maßnahmen innerhalb des Sozialversicherungssystems beinhalten.“ (Ebd., Abs. 24).

Der Rat der Stadt Köln beauftragt daher die Verwaltung

– dem Rat einen Bericht über die Situation in Köln vorzulegen. Darin soll auch dargelegt werden, wie diese EU-Richtlinie in Deutschland bzw. in Köln

umgesetzt wird oder welche anderen Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreift, um Zäuhersperrungen bzw. Überschuldung von Menschen durch hohe Energierechnungen zu vermeiden.

– mit der RheinEnergie AG zu verhandeln, in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist. Dabei soll der Anreiz zum sinnvollen Umgang mit Energie nicht geschmälert werden.

– auf Bundesebene initiativ zu werden, um bundesweit einen gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtarif zu etablieren, damit kommunale Energieversorger mit Sozialtarif-Angebot nicht in der Konkurrenz gegenüber anderen Wettbewerbern benachteiligt sind. Dieser Tarif könnte sich an dem belgischen Modell oder dem des Bundes der Energieverbraucher orientieren.

Begründung:

Auf Grund gestiegener Bezugskosten erhöhen zahlreiche Energieversorger, darunter auch die RheinEnergie AG, ihre Strompreise. Auch wenn die Strompreise der RheinEnergie AG nicht in demselben Umfang wie bei anderen Anbietern steigen, insbesondere bei privaten Energiekonzernen, so sind die Belastungen für Privathaushalte mit niedrigem Einkommen überproportional. Im Zeitraum von 1998 bis 2006 sind laut Verbraucher-

preisindex die Strompreise schon um 26,8 Prozent gestiegen. Hingegen wird sich der Regelsatz für Hartz IV-Empfänger von 347 Euro im nächsten Jahr nicht verändern.

Die RheinEnergie AG versucht im Rahmen einer Imagekampagne ihre Kundenbindung zu verbessern. Durch den Sozialtarif könnte sie möglicherweise ihr soziales Profil weiter schärfen und sich positiv gegenüber den Wettbewerbern profilieren. Das ist besonders vor dem Hintergrund wichtig, dass beispielsweise E.ON einen befristeten „Sozialrabatt“ – allerdings nur für ein Jahr und höchstens 5.000 Kunden – eingeführt hat.

Um den sinnvollen Umgang mit Energie mit der Einführung eines Sozialtarifes nicht zu hintertreiben, genügt es aus Sicht der Antragsteller nicht, beispielsweise nur eine Absenkung des Grundpreisanzeils vorzusehen. Hier wäre vielmehr in Anlehnung an das belgische Modell zu prüfen, inwieweit es sachgerecht sein kann, nur die ersten 500 kWh für sozial Bedürftige kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Problematisch bei allen Arten von Sozialtarif-Modellen ist, dass sie kaum mit einem freien Wettbewerb vereinbar sind. Ein Ausweg dürfte nur in einem bundesweit gesetzlich geregelten sozialen Pflichttarif liegen, damit sich nicht einzelne Energieversorger aus der Verantwortung stehlen können.

Doch trotz jährlich über 800.000 Strom- und Gassperren in Deutschland bleiben Politik und Medien stumm. Dabei ver- Problem angehen und präsentiert ein eigenes Lösungsmodell.

ergierechnung zu ermöglichen. Solche Zuschüsse gibt es auch für den Heizölkauf. Beide Maßnahmen werden durch eine Umlage auf den Energiepreis finanziert.

Daneben gibt es regionale Unterstützung für sozial Schwache. Das sind zum einen Verbote der Lieferunterbrechung in den Wintermonaten. Wenn ein Kunde Zahlungsprobleme hat, kann in Flandern und Wallonien ein Budgetmeter (Geldkartenzähler) oder in Brüssel ein Strombegrenzer installiert werden. Dadurch ist stets eine minimale Strommenge verfügbar. Ist das Guthaben auf der Geldkarte leer, fließt nur noch ein Strom von sechs Ampere. Das reicht für den Fernseher, etwas Licht und Telefon und eine winzige Kochplatte. Im Jahr 2004 nahmen etwa 180.000 Stromkunden und 145.000 Gaskunden diese Sozialtarife in Anspruch. In Flandern waren Ende 2005 etwa 16.000 Geldkartenzähler für Strom installiert.

USA: In den USA gibt es ein Low Income Home Energy Assistance Program (LIHEAP). Sozial Bedürftige können Zuschüsse aus diesem Ener-

giebeistandprogramm beantragen. Im Haushaltsjahr 2005 wurde über den Hilfsfonds ein Betrag von 3,2 Milliarden US-Dollar bereitgestellt und verausgabt. Insgesamt erhalten 5,8 Millionen Haushalte Unterstützung aus dem Fonds. 15,7 Prozent der antragsberechtigten Gesamtbevölkerung erhält Fondszahlungen. Für das Jahr 2007 rechnet man mit Ausgaben in Höhe von 5,1 Milliarden US-Dollar. Ohne die Hilfszahlungen aus dem Fonds wären etwa 54 Prozent der begünstigten Haushalte vom Netz getrennt worden.

Nahezu alle Bundesstaaten der USA haben Regelungen zum Schutz benachteiligter Energieverbraucher.

Frankreich: Am 6. November 1996 unterzeichneten die französische Regierung, der nationale Stromversorger EDF und Gaz de France eine Charta „Energie-Solidarität“. Ziel war es, bei sozialen Problemfällen die Energieversorgung zumindest so lange aufrechtzuerhalten, bis die Sozialdienste intervenieren können. Ein Gesetz aus dem Jahr 1998 legte Folgendes fest: Der Zugang zur öffentlichen Infrastruktur ist notwendig, um eine unwiderruf-

liche Verschlechterung der Situation von Personen zu vermeiden, die von extremen sozialen Problemen betroffen sind.

Im Gesetz vom 13. August 2004 ist festgehalten: „Jede Person in besonderen Schwierigkeiten hat Anspruch auf Hilfe der Gemeinschaft zur Lieferung von Wasser, Energie und Telefon in der Wohnung. Bei Nichtbezahlung der Rechnung bleibt die Versorgung so lange aufrechterhalten, bis über den Antrag auf Hilfe entschieden worden ist.“ Eine nationale Hilfseinrichtung hilft Personen und Familien, ihre Wasser-, Elektrizitäts- und Gasausgaben zu decken. Staat, EDF, Gas- und Wasserversorger sind darin gleichermaßen vertreten. Bis zur Entscheidung über Hilfsanträge besteht Anspruch auf den Bezug von drei Kilowatt Strom, genug, um einen Herdplatte oder eine Waschmaschine zu betreiben.

Schiedsstellen: In Belgien und auch in Großbritannien hat man sehr gute Erfahrungen mit neutralen Schiedsstellen gemacht. Sie können rascher und flexibler reagieren als ein teures und langwieriges Gerichtsverfahren dies erlaubt.

Deutschland: Eine allein erziehende Mutter in Sömmerda stand ohnehin mit dem Rücken an der Wand. Dann stellte ihr Versorger zusätzlich noch den Strom ab. Angesichts der Aussicht, mit ihren schreienden Kindern in geschlossenen Räumen im Dunkeln zu hausen, entfloh sie zu einer Freundin und überließ die Kinder ihrem Schicksal. Hat die Stromsperre die Straftat der Mutter und den Tod eines Kindes möglicherweise mit verursacht?

Ist es akzeptabel, dass die GASAG in Berlin – wie geschehen – bei zehn Grad minus Außentemperatur einer alten Frau wochenlang das Gas abstellt, weil sie die Rechnung nicht bezahlen kann? Welche Ausweichmöglichkeiten hat eine derart in die Enge getriebene Frau? Die Scham grenzte ihre Handlungsoptionen enorm ein. Mit welcher plausiblen Begründung könnte sie sich für den Rest des Winters bei Freunden oder Bekannten einquartieren? Wen könnte sie um Zahlung der Schulden bitten? Im Berliner Fall kapselte die Frau sich ab und versuchte, die fehlende Raumwärme durch Hochprozentiges zu ersetzen. Was ist menschenwürdiges Leben?

In **Deutschland** sperren Strom- und Gasversorger jährlich rund 2,1 Prozent der Anschlüsse. Das ergab eine Befragung von 23 Stadtwerk-Führungskräften durch die Hanseatische Inkasso Treuhand (HIT) und die Unternehmensberatung Nordsan (Energiewirtschaftliche Tagesfragen 56. Jg. 2006, Heft 8, Seite 14–16). Hochgerechnet ergeben sich daraus jährlich über rund 840.000 Fälle von Strom- oder Gassperren. Dennoch fehlt das Thema weiterhin auf den Tagesordnungen von Bundestag oder den Landtagen. Auch das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur verschließen die Augen. Selbst in der sozialwissenschaftlichen Forschung ist das Problem bisher nicht untersucht worden. Doch wie Beispiele aus dem Ausland zeigen, kann man durch eine angemessene Vorgehensweise den Betroffenen sehr wohl helfen und die Zahl der Sperren auf einen Bruchteil reduzieren. Trotz blendender Ertragslage verschließt sich die Versorgungswirtschaft den mit Versorgungssperren verbundenen sozialen Problemen. Im Gegenteil setzt sie ihre Forderung rücksichtslos gegenüber Schwachen und Benachteiligten durch. Die einzige löbliche Ausnahme: das Modellprojekt „soziale Stromtarife“ von E.ON Bayern.

Die entscheidende Frage ist, ob Verbraucher und Gesetzgeber ein Mindestmaß an Wasser, Elektrizität und Wärme als Teil des Rechts auf menschenwürdiges Leben ansehen, das die

Verfassung jedem garantiert.

Obwohl die gesamte deutsche Energiegesetzgebung vor kurzem völlig neu geschrieben wurde, fehlt darin das Recht auf eine Belieferung mit Strom und Gas. Den Stromversorgern wurden keinerlei soziale Pflichten auferlegt, anders als zum Beispiel in Belgien. Die EU-Richtlinie zum Strom- und Gasbinnenmarkt ermöglichen es ausdrücklich, derartige soziale Pflichten zu formulieren und über eine Umlage zu finanzieren.

Die deutsche Gesellschaft hat dieses Problem offenbar bisher völlig ignoriert und verdrängt.

Das Sozialtarifmodell des Bundes der Energieverbraucher

Der Bund der Energieverbraucher schlägt zu Lösung des Problems die Einführung eines Sozialtarifs für alle Strom- und Gaskunden vor. Die derzeit üblichen Strom- und Gastarife bestehen aus einem Grund- und einem Arbeitspreis. Der Grundpreis ist immer zu zahlen, selbst wenn man überhaupt keine Energie verbraucht. Dieser übliche Tarif ist degressiv, das heißt, der Durchschnittspreis je Kilowattstunde ist sehr hoch bei geringem Verbrauch und nimmt mit höherem Verbrauch ab.

Für einen Sozialtarif muss man dieses Modell genau umkehren: Eine bestimmte Strom- oder Gasmenge, zum Beispiel 1.000 Kilowattstunden jährlich oder drei Kilowattstunden täglich sind für jeden Anschluss kostenlos. Ist diese Menge aufgebraucht, dann kostet jede zusätzliche Kilowattstunde einen Preis, der geringfügig über dem bisherigen Arbeitspreis liegt. Statt ohne Verbrauch zu zahlen, bekommt man die ersten rund 1.000 Kilowattstunden umsonst.

Der Ertrag für den Strom- oder Gasversorger ändert sich nicht, denn man kann die Preise je Kilowattstunde entsprechend anheben. Kann ein Kunde die Rechnung nicht begleichen, begrenzt der Versorger die Stromzufuhr auf eine Leistung von 125 Watt oder 0,6 Ampere. Dann sitzt der Betroffene nicht im Dunklen, sondern kann zumindest noch telefonieren, eine Glühbirne brennen lassen oder die Heizung betreiben. Anders als der degressive Tarif, der Vielverbrauch belohnt, reizt das progressive Tarifmodell zudem zum Energiesparen an. Es bietet eine unbürokratische Lösung für das soziale Problem der Strom- und Gassperren.

Der Sozialtarif könnte künftig für alle Kunden gelten. Dadurch entfällt eine Überprüfung der Bedürftigkeit.

Der Sozialtarif kostet die Energieversorger kein Geld und belastet insgesamt betrachtet die Verbraucher nicht.

AP

Quelle: Bund der Energieverbraucher

Sozialticket für Bochum: BOCHUM. Das Bochumer Sozialforum hat sich auf seiner letzten Sitzung intensiv mit der Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr beschäftigt. Vorbild ist dabei das Dortmunder Sozialforum, das es in einem breiten Bündnis geschafft hat, die Dortmunder rot-grüne Ratsmehrheit zur Einführung eines Sozialtickets zu bewegen. Damit ist zunächst das Argument von SPD und Grünen in Bochum ausgehebelt, dass eine solche Maßnahme im VRR-Verbund für eine Stadt im Alleingang nicht möglich sei. Auf der Sitzung wurde auch ausführlich über die Unzulänglichkeiten der Dortmunder Regelung informiert: Das Ticket gibt es z.B. nur im Jahresabo und kann von KundInnen ohne Konto nicht erworben werden. Das Sozialforum wird am Samstag, dem 26.1.08 – dem Global action Day – mit einer Aktion in der Innenstadt über das Sozialticket informieren. Unabhängig davon hat die Soziale Liste einen Antrag zur Einführung eines Sozialtickets für die nächste Ratssitzung gestellt. www.bo-alternativ.de

Gegen Verharmlosung rechtsextremer Gewalt: BRAUNSCHWEIG. Am 2. Januar haben zwei polizeibekannte Gewalttäter mit den Worten „Scheiß Ausländer“ im Stadtteil Braunschweig-Kralenriede mehrere syrische Staatsbürger angegriffen und erheblich verletzt. In der „Braunschweiger Zeitung“ wird die Polizei zitiert, dass die Angreifer auch in der Vergangenheit bereits Ausländer verprügelt hätten. Polizeisprecher Grande wird dort weiter zitiert, dass die Beschuldigten aber trotzdem nicht als Neonazis angesehen würden, weil „ihnen ganz einfach das politische Verständnis“ fehlt. Dieser merkwürdigen Betrachtungsweise sind das Antifaschistische Plenum und die Jugend Antifa Aktion nachgegangen. Als Ergebnis ihrer Recherche haben sie ein Flugblatt erstellt, in dem deutlich wird, dass zumindest einer der Täter ein langjährig bekannter Neonazi ist. Dazu der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Braunschweig, Udo Sommerfeld: „... fordere ich die Braunschweiger Polizei eindringlich auf, Rechtsextremismus entschieden zu bekämpfen, die Opfer von Rechtsextremisten besser zu schützen und die Verharmlosung rechtsextremer Gewalt zu beenden.“

www.linksfraktion-braunschweig.de

Tacheles protestiert gegen Ausstellungs-Schließung: WUPPERTAL. Der Verein Tacheles e.V. protestiert aufs Schärfste gegen die Schließung der

Kunstaussstellung „Vom Polizeigriff zum Übergriff“, die gestern (8.1.) im Haus der Jugend in Barmen eröffnet wurde. Die Schließung wurde heute von Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) in Absprache mit dem Sozialdezernenten Stefan Kuhn (SPD) angeordnet. OB Jung begründet die Schließung damit, dass er in städtischen Räumen keine Ausstellung dulde, in der die Arbeit und das Ansehen von Polizeibeamten verunglimpft und diffamiert werde. Die Schließung ist Zensur von politischer Meinungsäußerung und Kunst, mit der OB-Aktion wird offensichtlich versucht, eine kritische Auseinandersetzung mit dem polizeilichen Vorgehen der letzten Jahre zu unterbinden. Diese kritische Auseinandersetzung ist nach einer Reihe unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen der letzten Jahre dringend nötig (so z.B. die Massenfestnahmen bei einer Anti-Nazi-Demo am Barmer Bahnhof, der letztjährigen 1. Mai-Demo oder dem Punktreffen in der Elberfelder Innenstadt)! www.tacheles-sozialhilfe.de

Bürgerentscheid am 27. Januar: LEIPZIG. *Fragestellung:* Sind Sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100% in kommunalem Eigentum verbleiben?“ – Zu diesen Unternehmen und Betrieben zählen namentlich die LVV (Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH), Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, Klinikum St. Georg gGmbH, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH und der Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig. Unter dem Vorwand der Entschuldung des städtischen Haushaltes sollen in Leipzig Anteile der Stadtwerke an private Käufer veräußert werden. Weitere Verkäufe sind beabsichtigt. Realistische Konzeptionen der Stadtverwaltung, wie dann gemeinschaftsrechtliche Verantwortung gegenüber privaten Dritten wahrgenommen werden kann, wie die damit verbundenen Einnahmeausfälle kompensiert werden, liegen nicht vor ... Es ist davon auszugehen, dass die Bewertung, wonach „Misserfolge dort programmiert sind, wo einfach privatisiert wird, weil es Mode ist ...“, auch in unserer Stadt ihre – für zahlreiche Menschen mit erheblichen Einschnitten verbundene – Bestätigung finden würde. „Die Privatisierung aus einer schwachen Position heraus kommt die Allgemeinheit meistens teuer zu stehen.“

<http://www.linkspartei-sachsen.de>

„Wasser ist keine Ware“: AUGSBURG. Das Bürgerbegehren läuft gut an. Un-

zählige Unterschriftenlisten sind im Umlauf. Die Wasserallianz will erst Mitte Januar eine „Zählerstandsmeldung“ herausgeben. Der Oberbürgermeister hat für den 3. Januar 2008 die Naturschutzverbände zu einem Gespräch eingeladen. Diese sind jedoch nur ein Teil der Wasser Allianz Augsburg e.V. Attac Augsburg ist deshalb beim Gespräch nicht dabei. Dies könnte bedeuten, dass eine Lösung für den geforderten Rückkauf des Siebentischwalds gefunden werden soll. Dann wäre wohl die Luft raus für den weiteren Teil des Begehrens – die Forderung nach einer „nicht gewinnorientierten Wasserversorgung“ durch die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH. Dieser Teil des Bürgerbegehrens soll speziell die Übernahme der Wasserversorgung und unserer Trinkwasserschutzgebiete durch Großkonzerne verhindern. Näheres zum aktuellen Bürgerbegehren und den Hintergründen unter: www.wasser-allianz-augsburg.de und www.attac.de/augsburg Hier können auch die beiden Unterschriftenlisten für das Bürgerbegehren heruntergeladen werden.

www.forumaugsburg.de

Hände weg vom Trinkwasser! Volksentscheid gefordert: SAARBRÜCKEN. Der saarländische Vorsitzende der LINKEN, Rolf Linsler, hat heftig auf die Ankündigung des VVS-Konzerns reagiert, bis zu 49 Prozent der Stadtwerke Saarbrücken (SWS) privatisieren zu wollen: „Die Stadtwerke Saarbrücken sind derzeit Eigentümerin und Betreiberin der Netze bei Strom, Gas und Wärme. Sie ist weiterhin zuständig für die Trinkwasserversorgung in der Landeshauptstadt. Davon jetzt Teile in einem Bieterverfahren national und EU-weit auszuschreiben, wie kurz vor dem Ende dieses Verfahrens erst bekannt wurde, ist an Ignoranz gegenüber der davon betroffenen Bevölkerung nicht mehr zu überbieten. „Erfahrungen aus anderen Teilen Deutschlands zeigten, wenn Kernbereiche der staatlichen Daseinsvorsorge, wie Gas-, Wasser- oder Stromversorgung vollständig oder teilweise in private Hände übergegangen sind, zu Schließungen städtischer Einrichtung mit Personalentlassungen und zu Preiserhöhungen für die Bürger geführt haben. Viele deutsche Kommunen haben ihre Fehler eingesehen, rudern zurück und rekommunalisieren, wie kürzlich der „Spiegel“ berichtet hat. Da es sich bei den Stadtwerken um Eigentum der Einwohner Saarbrückens handelt, sollten die Einwohner auch darüber per Volksentscheid selbst bestimmen können. Die Frage muss lauten: „Sind Sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Saarbrücken,

die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100 Prozent in kommunalem Eigentum verbleiben?“ Linsler ist überzeugt davon, dass die Saarbrücker nur eine Antwort geben: „Ja.“ <http://www.linke-saar.de>

Neubau von Wohnungen nimmt weiter ab: BERLIN. Wenn es nach der Immobilienwirtschaft ginge, würde sich der Wohnungsbestand in Berlin in absehbarer Zeit dramatisch verringern. Tatsächlich geht es nicht nur nach ihr, sondern auch nach dem Senat und der fördert den Abriss von Wohnungen kräftig. Der Abriss ist ein Instrument zur Bereinigung des Wohnungsmarkts im Sinne der Immobilieneigentümer, aber der natürliche Schwund wirkt sich noch viel nachhaltiger aus. „Pro Jahr müsste der Neubau bei etwa einem Prozent des Wohnungsbestands liegen, wenn Marktabgänge infolge von Alter oder Sanierungszustand ausgeglichen werden sollen. In Berlin wären das knapp 19.000 Wohnungen. Von diesem einen Prozent sind wir aber weit entfernt“, stellte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) anlässlich der Präsentation des BBU-Marktmonitors 2007 fest. Zwar wurden 2006 in der Metropolenregion 9419 Wohnungen bezugsfertig, aber auf Berlin entfielen davon nur 2781 Wohnungen. Das waren noch einmal weniger als die bereits mageren 3184 Wohnungen des Vorjahrs. Seit 1997, als die Zahl der Baugenehmigungen von 19.198 abrupt auf 6654 fiel, dümpelt der Baumarkt auf niedrigstem Niveau vor sich hin. Seit zehn Jahren verringert sich der Bestand an Wohnungen in Berlin kontinuierlich. Wer an einer neuen Wohnungsnot in dieser Stadt interessiert ist, hat folglich gute Karten. Und das sind in erster Linie die neuen Investoren, die sogenannten Heuschrecken. Die ehemals öffentlichen Wohnungsbauunternehmen, die Gehag und die GSW, trugen Verantwortung nicht nur für den Erhalt ihrer Wohnungsbestände und für ihre Verwaltung, sondern auch für deren Erweiterung, soll heißen: für den Wohnungsbau in dieser Stadt. Dieser Verantwortung wurden sie mit geringen Abstrichen auch stets gerecht. Doch seit fast zehn Jahren werden in Berlin Wohnungsunternehmen und Wohnungsbestände an Private-Equity-Unternehmen verkauft mit der Folge, dass Wohnungen, Siedlungen und ganze Gesellschaften nur noch gehandelt werden. Die erneute Anspannung des Wohnungsmarkts ist damit ... nur noch eine Frage der Zeit.

<http://bmgev.de/mieterecho>

(Zusammenstellung: ulj)

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern 8 Prozent – 200 Euro mindestens

Die Lohnbewegung 2008 in den öffentlichen Diensten birgt ein erhebliches Konfliktpotential. Angesichts der Klemme der öffentlichen Haushalte hatten die Beschäftigten jahrelang Kaufkraftverluste hinnehmen müssen. Nun steht eine Nachholbewegung ins Haus. Verdi als die große Dienstleistungsgewerkschaft steht auch als Organisation unter Druck. Im vorigen Jahr löste sich das ärztliche Personal mit dem „Marburger Bund“ aus dem Tarifverbund und erzielte einen besseren Abschluss. In diesem Jahr scheint Ähn-

liches den Lokführern zu gelingen. Es ist nicht leicht zu klären, ob solche Sonderabschlüsse letzten Endes das allgemeine Lohn- und Gehaltsniveau nach oben ziehen oder nach unten drücken. Dafür gibt es kein ökonomisches Gesetz, das entscheidet die Praxis. Sicher ist, dass Verdi den Anschluss an solche höhere Abschlüsse herstellen muss, wenn die Organisation nicht Schaden nehmen soll. Dazu braucht es einen Abschluss, der eine deutliche Verbesserung der Kaufkraft jedes einzelnen Mitglieds beinhaltet. Ein solcher Ab-

schluss ist auch wegen der Form der Forderung erreichbar, die eine Mindestforderung enthält, die geeignet ist, den Trend zur Lohndifferenzierung zu brechen. Die Situation dafür ist günstig. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sind hoch, der Druck aus den Belegschaften ist auch hoch und Verdi als Organisation braucht den Erfolg und ist den Parteien der großen Koalition in keiner Weise verpflichtet. – Wir dokumentieren zur Begründung der Forderung aus Publikationen von Verdi. Martin Fochler

Aus dem Verdi-Flugblatt zum Start der Tarifbewegung:

TARIF
BEWEGUNG
2007/2008
ÖFFENTLICHE DIENSTE

Jetzt sind wir dran!
Acht Prozent –
Mindestens 200 Euro
mehr!

Für ver.di ist klar:

Die Beschäftigten wollen und brauchen eine deutliche Einkommenssteigerung.

ver.di fordert auch:

Beamtinnen/Beamte und Versorgungsempfänger: Übernahme des Ta-

rifergebnisses ohne Abstriche.

Auszubildende: Verbindliche Übernahmeregulierung für alle Azubis; Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 120 Euro; Ost-West-Angleichung zum 1.1.2008.

Versorgung: Deutliche Verbesse-

Apropos: Auszubildende

Fakt ist: Für junge Menschen ist ihre berufliche Perspektive von zentraler Bedeutung. Eine Berufsausbildung ist dabei der erste Schritt. Ein weiterer Schritt ist der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nach der Ausbildung.

Deshalb ist es mehr als gerecht, wenn ver.di eine verbindliche Regelung zur Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf fordert.

Fakt ist: Der öffentliche Dienst ist auch in Zukunft auf motiviertes und gut ausgebildetes Personal angewiesen. Attraktive Ausbildungsbedingungen sind dabei eine große Hilfe. Eine Ausbildungsvergütung, von der Azubis auch leben können, ist dafür die Basis.

Deshalb ist es mehr als gerecht, wenn ver.di eine Erhöhung der monatlichen Ausbildungsvergütung um 120 Euro und die sofortige Umsetzung der Ost-West-Angleichung fordert.

Fazit: Zukunftsperspektiven für junge Menschen und attraktive Ausbildungsbedingungen bringen den öffentlichen Dienst wieder nach vorn.

rungen bei den Regelungen zur Wechselschicht- und Schichtarbeit.

Nahverkehr: Deutliche Einkommensverbesserungen wie für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Dies gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen einzelner Nahverkehrstarifverträge sowie für die Beschäftigten im Geltungsbereich des BAT/BAT-0 bzw. BMT-G/ BMT-G-0.

Entgeltordnung und offene Punkte des TVöD: Die Übergangsregelungen für die Entgeltordnungsverhandlungen müssen verlängert und endlich die offenen Punkte des TVöD in Kraft gesetzt werden.

Öffentliche Dienst sind MEHRWERT

Unsere Forderungen sind realistisch und verantwortungsvoll

Keine Frage: Selbst wenn ver.di überhaupt keine Forderung aufgestellt hätte, wäre den Arbeitgebern schon etwas eingefallen, um uns der Maßlosigkeit und der Realitätsferne zu beichtigen. Umso wichtiger also klarzustellen, wer in Wirklichkeit verantwortungsbewusst handelt.

1. Die Preise laufen den Einkommen davon

Die Realität: Die Preissteigerungen haben die bescheidenen Lohnerhöhungen der Vergangenheit längst aufgezehrt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die steigenden Preise bei Energie, Mieten und Lebensmitteln treffen vor allem die Beschäftigten.

Verantwortungsbewusst ist deshalb eine deutliche Einkommenssteigerung, die diese Verluste auffängt. Das ist nicht nur gerecht, sondern auch vernünftig, weil so der Konsum und damit der Aufschwung angekurbelt wird.

Es wird hart Der kluge Mensch sorgt vor

Man muss kein Prophet sein, um festzustellen: Unsere Forderungen werden wir nicht im Schongang durchsetzen können. Die Arbeitgeber ignorieren unsere berechtigten Anliegen. Sie setzen stattdessen auf Provokation – wie mit der Forderung nach Arbeitszeitverlängerungen – und Blockade. Die Zeichen stehen auf Sturm. Ein Streik wird immer wahrscheinlicher.

Mach Dich stark!

Es gilt: Wenn es hart auf hart kommt, zählt nur die Stärke. Nur eine starke Gewerkschaft kann in der Konfrontation bestehen. Wer ver.di den Rücken stärkt, macht sich also selbst stark.

Mach Dich sicher!

Es gilt: Im richtigen Leben ist Vorsorge alles. Im Arbeitsleben erst recht. Die Vorsorge für Streik und Arbeitskampf heißt Streikgeld. Und darauf haben im Falle eines Falles nur ver.di-Mitglieder Anspruch.

Also: ver.di stärken. Vorsorgen. Mitglied werden.

2. Das Geld ist da

Die Realität: Den Finanzen des öffentlichen Dienstes geht es so gut wie lange nicht mehr. Ob Bund oder Gemeinden – die Steuereinnahmen sprudeln wieder. Die eher vorsichtige Steuerschätzung rechnet mit Mehreinnahmen von 186 Mrd. Euro bis 2011.

Verantwortungsbewusst ist deshalb eine Politik, die die Beschäftigten teilhaben lässt an der positiven Entwicklung von Wirtschaft und Staatsfinanzen. Das ist nicht nur möglich, sondern auch gerecht, weil die Beschäftigten sich in den vergangenen Jahren zurückgehalten haben.

3. Der öffentliche Dienst hat Nachholbedarf

Die Realität: Im öffentlichen Dienst wird deutlich weniger verdient als in der Privatwirtschaft. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren verschärft.

Verantwortungsbewusst handelt, wer diese Entwicklung mit einer nachhaltigen Einkommenssteigerung ent-

gegenwirkt. Denn das ist nicht nur gerecht, sondern auch bitter nötig, um die Motivation der Beschäftigten zu erhöhen und um den öffentlichen Dienst für engagierte und kompetente Berufstätige wieder attraktiv zu machen.

4. Ein Mindestbetrag ist das Gebot der Stunde

Die Realität: Lebensmittel, Energie und Mieten werden für alle gleich teurer. Wer viel verdient, kann das vielleicht noch wegstecken. Wer weniger verdient, den treffen Preissteigerungen also am härtesten.

Verantwortungsbewusst handelt, wer zur Kenntnis nimmt, dass insbesondere Beschäftigte der unteren Entgeltgruppen mehr Geld zum Leben brauchen, damit sie nicht zusätzliche Arbeitsstellen annehmen (und ihre Gesundheit ruinieren) müssen oder in die Schuldenfalle tappen.

Acht Prozent Mindestens 200 Euro mehr!

ver.di steht für realistische und verantwortungsbewusste Tarifpolitik.

Banken fürchten Mehraufwand für Pfändungsschutzkonto.

FAZ, Mo. 7.1.08. Jeden Monat werden in Deutschland mindestens 350 000 Girokonten gepfändet. Girokonto Besitzeende sollen nach dem neuesten Regierungs-Gesetzesentwurf ein „P-Konto“ eröffnen können. Dann unterliegen monatlich 985,15 Euro einem Pfändungsverbot, bei Unterhaltsverpflichtungen mehr. Damit verblieben „ohne aufwändiges und bürokratisches Verfahren, die Geldmittel, die zur Bestreitung des existenziellen Lebensbedarf nötig sind“, so Bundesjustizministerin B. Zypries. „Wir befürchten, dass das Ziel, das Verfahren auch für die Kreditwirtschaft zu vereinfachen, nicht erreicht wird“, sagte A. Weber vom Bundesverband deutscher Banken. Beim Nebeneinander unterschiedlicher Pfändungsregelungen könne im Ergebnis sogar mehr Aufwand als bisher bedeuten.

Ausbildungsbonus soll nicht für alle Azubis gewährt werden.

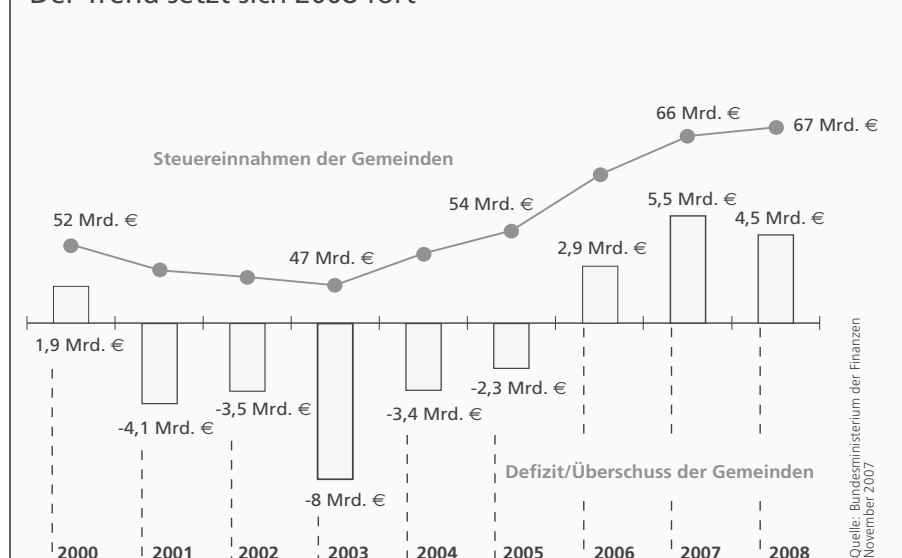
FAZ, Do.10.1.08. Die Wirtschaftsverbände begrüßen die Regierunginitiative für einen Ausbildungsbonus für jene Betriebe, die zusätzliche Plätze für ältere und schlecht qualifizierte Jugendliche schaffen. Dem Fachkräftemangel soll so begegnet und jugendlichen Migrant/inn/en die Eingliederung in den Beruf erleichtert werden. Allerdings appellieren die Verbände an die Regierung, den Bonus auf leistungsschwache Altbewerber zu konzentrieren und nicht für alle zu zahlen, da sonst jene Unternehmen brüskiert würden, die in den vergangenen Jahren ohne Bonus und bei schwieriger wirtschaftlicher Lage zusätzlich ausgebildet haben.

Front der Arbeitgeberverbände gegen neue Mindestlöhne.

FAZ, Sa. 12.1.08. Mit der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und Novellierung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes (Mia) von 1952 „würde der verhängnisvolle Irrweg staatlicher Lohnfestsetzungen fortgesetzt“, warnen BdA, BDI, DIHT und ZDH als Reaktion auf die Pläne des Arbeitsministeriums. Mindestlöhne könnten in jeder Branche entweder auf Grundlage des einen oder des anderen Gesetzes festgesetzt werden. Bestehende niedrigere Tariflöhne könnten so verdrängt werden. Bei konkurrierenden Tarifverträgen solle der Vertrag, der höhere Tariflöhne vorsieht und der mehr Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder erfasst, angewendet werden. Künftig könnte der Staat Mindestlöhne auch abweichend von geltenden Tarifvereinbarungen festlegen, warnte der Vorsitzende des gemeinsamen sozialpolitischen Ausschusses der Handelsverbände HDE und BAG, F. W. Schlich.

Presseauswertung: rst

Der Trend setzt sich 2008 fort



Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GAL	FDP	LINKE	Sonstige
Infratest dimap	NDR	1.000 02.01.-04.01.	07.01.2008	40 %	35 %	11 %	4 %	6 %	4 %
Emnid	Bild am Sonntag	600 10.12.-02.01.	05.01.2008	42 %	31 %	13 %	5 %	7 %	2 %
AMR Düsseldorf	Der Spiegel	1.000	29.12.2007	42 %	33 %	12 %	4 %	7 %	2 %
Infratest dimap	NDR	1.000 07.12.-12.12.	14.12.2007	41 %	34 %	12 %	3 %	7 %	3 %
TNS Infratest	SPD-Landesorganisation	1.216 04.12.-07.12.	11.12.2007	40 %	33 %	13 %	3 %	7 %	?

Gute Aussichten in Hamburg

Auch die Presse rechnet mit einem Wahlerfolg der Linken, und registriert ihre Äußerungen. Das „Hamburger Abendblatt“ veröffentlichte am 14.1. Stellungnahmen der Hamburger „Vorsitzenden der fünf großen Parteien, wie sie das Problem (Jugendgewalt) lösen wollen“. Für die LINKE erklärte Landessprecherin Christiane Schneider: „Die Behauptung dramatisch ansteigender Jugendgewalt trifft nicht zu. Die Statistik gibt ein sehr viel differenzierteres Bild. Fachleute, die es wissen müssen, Richter, Kriminologen und Sozialarbeiter dementieren ja auch. Wenn im Wahlkampf Roland Koch und andere das Thema hochkochen und speziell jugendliche Migranten ins Visier nehmen, wenn eine sonst seriöse Zeitung U-Bahnen als „No-go-Areas“ bezeichnet, schüren sie Ängste. Die Kampagne ist geeignet, in unvoreingenommene Menschen einen Vorverdacht gegen junge Migranten einzupflanzen.“

Niedersachsen und Hessen am 27.1.

Die Umfragewerte für die Linke bei der Landtagswahl in Niedersachsen übersteigen 4 Prozent nicht. Für Bundes-

Bayern hat es schwer

Vor einer keineswegs einfachen Aufgabe steht der Landesverband Bayern bei den Kommunalwahlen. Das Wahlrecht fordert eine hohe Zahl von Unterstützungsunterschriften, die zudem nicht auf der Straße gesammelt werden können, sondern bei der Behörde unter Vorlage des Personalausweises geleistet werden müssen. Vor sechs Jahren hatte die damalige PDS diese hohe Hürde unter großer Anstrengung in fünf Orten genommen, zu einem Mandat reichte es aber nur in München. Durch die Parteifusion ist heute das Potential linker Wählerinnen und Wähler mehr als doppelt so groß als damals. Es fällt der Partei aber keineswegs leicht, dieses Potential bei der Unterschriftensammlung zu mobilisieren. Nur in ca. 40 Orten und Kreisen konnten Listen aufgestellt werden. Die seit Anfang Dezember laufende

Wohin wird das führen, außer zu Hass und Aggression? Koch legt die Axt an die Grundlagen des Zusammenlebens in dieser Gesellschaft – und das nur, weil er die Wahl nicht verlieren will! In der Debatte über den Umgang mit Jugendgewalt muss Vernunft das Wort haben. Harte Strafen gegen Jugendliche produzieren kriminelle Karrieren oft erst. Dabei verschwinden Unsummen im Gefängnisbau – zulasten der Kinder- und Jugendhilfe, der Bekämpfung von Armut oder der Integrationspolitik. 90 Prozent der Insassen des (Hamburger) Jugendgefängnisses sind ohne Schulabschluss oder Beruf. Das verweist auf die großen gesellschaftlichen Probleme, die angepackt werden müssen. Eine Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die Ausgrenzung überwindet und allen Perspektiven eröffnet, ist die beste Prävention. Und eine Kinder- und Jugendpolitik, die die Rechte der Jüngsten achtet und allen ein Aufwachsen in gegenseitigem Respekt ermöglicht.“

tagswahlen werden indessen 6 Prozent bis sogar 8 Prozent erfragt. Für Hessen erreichen die Landtagswahlwerte 4 Prozent bis 6 Prozent, die Bundestagswerte sogar 8 Prozent bis 10 Prozent.

Werbung für die Unterstützungsunterschriften war zum Redaktionsschluss dieser Zeitschrift (14.1.) erst in wenigen abgeschlossen, u.a. fehlten noch so wichtige Städte wie Nürnberg, Fürth, Augsburg. In München ist die Partei im Stadtrat vertreten und muss deswegen nicht sammeln. Als einziger Stadt in Bayern wären dort in den Stadtteilen auch Bezirksausschüsse zu wählen. Dafür müssen Unterstützungsunterschriften beigebracht werden, die Partei versucht es in 9 der 25 Stadtbezirke. – Ob die inhaltlichen und organisatorischen Defizite, die bei der Mobilisierung des nahen Umfeldes deutlich werden, auf das Wahlergebnis durchschlagen werden? Das landesweite Potential bei Bundestagswahlen läge zur Zeit bei 4 Prozent bis 6 Prozent. Eine äußerst unerfreuliche Nachricht: In München werden aller Wahrscheinlichkeit nach zwei rechtsextreme Listen die Unterschriftenhürde nehmen. ||

Besprechung des Buches
„Der Gotteswahn“
von Richard Dawkins

„Religion ist ein Virus“

Ist die Mikrobe der Dummheit endlich entdeckt?

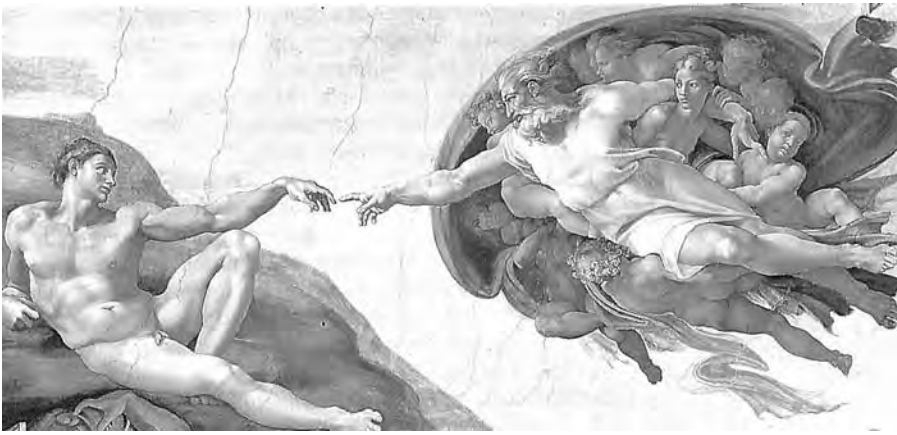
Richard Dawkins ist, wie sein Verlag sagt, der berühmteste lebende Atheist der Welt. Bedingt durch seine unverblühte Verteidigung von Darwin und der natürlichen Auswahl als die Kraft des Lebens gilt Dawkins als Feind Nummer eins der religiösen Rechten in Europa wie in den USA. Das lässt aufhorchen.

Sich mit Kirchen – gar Religionskritik zu befassen ist in der BRD im Umfeld der Partei DIE LINKE zurzeit überhaupt kein Thema. Eher scheint es da schon angebracht zu sein, kirchlichem Wohlwollen hinterher zu jagen. Konfessionelle Unterschiede spielen dabei dann auch keine Rolle. Segen ist Segen. So zum Beispiel geschehen, als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Bodo Ramelow, der sich gerne als „Protestant“ bekennt, und dann mit dem Papst eigentlich gar nichts am Hut haben sollte, nach seinem Besuch beim Heiligen Vater in Rom ins Mikrofon von Radio Vatikan am 28.6.07 voll des Weihrauchs säuselt: „Es ist einfach umwerfend, es berührt die Seele. Und von daher hat sich für mich ein Traum erfüllt.“

Vielleicht ist es da umso erfreulicher, wenn es jetzt ein neues Buch gibt, das sich kritisch mit Religion und Kirche auseinandersetzt, und, wie auf der Buchmesse in Frankfurt im vergangenen Herbst, in den Medien vorne an präsentiert wird. Nur, hält das Buch, was es verspricht? Das Buch heißt „Der Gotteswahn“ von Richard Dawkins. Dawkins ist „Professor of the Public Understanding of Science“ an der Universität Oxford in Grossbritannien. Eine Stelle, die 1995 von Charles Simonyi, einem Microsoft-Millionär, extra für ihn geschaffen wurde.

Die Vision: Eine Welt ohne Religion

„Stellen wir uns doch mit John Lennon mal eine Welt vor, in der es keine Religion gibt – keine Selbstmordattentäter, keinen 11. September, keine Anschläge auf die Londoner U-Bahn, keine Kreuzzüge, keine Hexenverfol-



Mythos: Die Hand Gottes schafft die Welt und den Menschen. – „Die Schöpfung“ von Michelangelo Buonarroti in der Sixtinischen Kapelle im Vatikan in Rom

gung, keinen Gunpowder Plot, keine Aufteilung Indiens, keinen Krieg zwischen Israelis und Palästinensern, kein Blutbad unter Serben/Kroaten/Muslimen, keine Verfolgung von Juden als »Christusmörder«, keine »Probleme« in Nordirland, keine »Ehrenmorde«, keine pomadigen Fernsehevangelisten im Glitzeranzug, die leichtgläubigen Menschen das Geld aus der Tasche ziehen (»Gott will, dass ihr gebt, bis es wehtut«). Stellen wir uns vor: keine Zerstörung antiker Statuen durch die Taliban, keine öffentlichen Enthauptungen von Ketzern, keine Prügel auf weibliche Haut für das Verbrechen, zwei Zentimeter nackte Haut zu zeigen.“

So beginnt er sein Buch. Sein Ziel ist, atheistischen Stolz zu vermitteln. „Atheist zu sein ist nichts, wofür man sich entschuldigen müsste. Im Gegenteil: Man kann stolz darauf sein und hochargehobenen Hauptes bis zum Horizont blicken, denn Atheismus ist fast immer ein Zeichen für eine gesunde geistige Unabhängigkeit und sogar für einen gesunden Geist.“ (Seite 15)

Die Bibel: Bronzezeitlich-barbarisch

So macht er sich daran, nachzuweisen „warum es mit ziemlicher Sicherheit keinen Gott gibt“. Die Illusion, das Lebendige sei gezielt gestaltet, weise keineswegs auf einen Gestalter hin, sondern sie lasse sich viel prägnanter und ungeheuer elegant mit der darwinistischen natürlichen Selektion erklären. „Oder glauben Sie, Religion sei notwendig, damit wir unsere moralischen Grundsätze rechtfertigen können?“ Natürlich nicht! Dazu gibt es nach seiner Meinung in der Bibel, diesem „barbarischen bronzezeitlichen Text“ viel zu viele Sex- und Crime-Geschichten, die er, man spürt die Freude, gerne nacherzählt. Uns soll es dabei gruseln.

Und dann errichtet er vor den geduldigen Augen seiner LeserInnen, die bereit sind, ihm auf 575 Seiten zu folgen, eine Vielzahl von Scheiterhaufen, um auf ihnen alle religiösen Wahr-

heiten zu verbrennen. „Der Gott des Alten Testaments ist – das kann man mit Fug und Recht behaupten – die unangenehmste Gestalt in der gesamten Literatur: Er ist eifersüchtig und auch noch stolz darauf; ein kleinlicher, ungerechter, nachtragender Überwachungsfanatiker; ein rachsüchtiger, blutrünstiger ethnischer Säuberer; ein frauenfeindlicher, homophober, rassistischer, Kinder und Völker mordender, ekliger, größenwahnsinniger, sadomasochistischer, launisch-boshafter Tyrann.“ (Seite 45)

„Bei genauerem Nachdenken ist es wirklich bemerkenswert, dass eine Religion ein Folter- und Hinrichtungsinstrument zum heiligen Symbol macht, das häufig an Ketten um den Hals getragen wird: ‚Wäre Jesus vor zwanzig Jahren getötet worden, dann würden die katholischen Schulkinder heute kein Kreuz, sondern einen kleinen elektrischen Stuhl um den Hals tragen.‘“ (Seite 348f)

Diagnose: Der Virus der Religion macht dumm

Fast keine Ungeheuerlichkeit der Religions- und Kirchengeschichte bleibt unerwähnt. Richtig. Es geht zu wie im Irrenhaus. Das Ergebnis seiner Untersuchungen liegt auf der Hand: Religion macht krank, dumm und unfrei. Die Diagnose lautet gnadenlos: „Wahn“, religiöser Wahn, den er bei allen religiösen Menschen konstatiert. „Leidet ein Mensch an einer Wahnvorstellung, so nennt man es Geisteskrankheit. Leiden viele Menschen an einer Wahnvorstellung, dann nennt man es Religion.“ (Seite 18) Wie ein Virus habe die Religion sich in der Menschheitsgeschichte festgesetzt und wirke fort und fort. Also doch: Die Menschheit ein hoffnungsloser Fall?

Nein, die Rettung naht! Dawkins ist Evolutionsbiologe. Als Entwicklungsbiologe stellt er die „darwinistische Frage zur natürlichen Selektion“ (Seite 225). Er fragt sich – orientiert an Charles Darwin (1809 bis 1882) –, welchen Überlebenswert Religion in

der Entwicklungsgeschichte der Natur des Menschen gehabt hat: Wo ist ihr Nutzen, dass es diese verrückten Religionen überhaupt noch gibt, die nicht glücklich machen, die unmoralisch sind, die Menschen nicht befrieden und weder Welt noch Natur richtig erklären, nach dieser langen Geschichte der Menschheit. Dawkins kommt zu der Erkenntnis, der Mensch sei „psychologisch für die Religion disponiert“. Und hat mit dieser Diagnose zugleich den Impfstoff gegen die Krankheit gefunden!

Dawkins erläutert das in der folgenden Passage: „Ein Computer tut, was man ihm befiehlt. Er gehorcht sklavisch den Anweisungen, die ihm in seiner eigenen Programmiersprache erteilt werden. Deshalb kann er nützliche Tätigkeiten wie Textverarbeitung und Tabellenkalkulation ausführen. Aber das hat zwangsläufig einen Nebeneffekt: Er befolgt ebenso roboterhaft auch schlechte Anweisungen. Ob ein Befehl gute oder schlechte Auswirkungen haben wird, kann er nicht unterscheiden. Er gehorcht ganz einfach, genau wie Soldaten es tun sollen. Computer sind wegen ihres Kadavergehorsams nützlich, aber genau dieser Gehorsam macht sie zwangsläufig auch anfällig für Infektionen durch Softwareviren und -würmer. Ein in böser Absicht geschriebenes Programm, das dem Computer sagt: ‚Kopiere mich und schicke mich an jede Adresse, die du auf der Festplatte findest‘, wird einfach ausgeführt, und die Ausführung wiederholt sich in exponentieller Vervielfachung auf den nächsten Computern, an die das Programm geschickt wird. Die Konstruktion eines Computers, der gehorsam, nützlich und gleichzeitig immun gegen Viren ist, ist schwierig oder gar unmöglich.“

„Plansch nicht in einem Teich voller Krokodile“

„Wenn ich gute Vorarbeit geleistet habe, sollte meine Argumentation über Kindergehirn und Religion jetzt bereits klar sein. Die natürliche Selektion stattet das Gehirn eines Kindes mit der Neigung aus, den Eltern oder Stammesältesten alles zu glauben, was sie erzählen. Ein solcher vertrauensvoller



Wissenschaft: Der Mensch ist das Ergebnis einer langen natürlichen Entwicklung, die er selbst mit gestaltet. – Pfeilspitzen steinzeitlicher Jäger aus Arizona, USA

► Gehorsam dient wie bei der Motte, die sich am Mond orientiert, dem Überleben.

Aber die Kehrseite des vertrauensvollen Gehorsams ist sklavische Leichtgläubigkeit. Das unvermeidliche Nebenprodukt ist die Anfälligkeit für Infektionen mit geistigen Viren. Aus stichhaltigen Gründen, die mit dem darwinistischen Überleben zu tun haben, muss das Kindergehirn den Eltern vertrauen und ebenso auch anderen älteren Menschen, die von den Eltern als vertrauenswürdig bezeichnet werden. Dies hat automatisch zur Folge, dass der Mensch, der vertraut, nicht zwischen guten und schlechten Ratschlägen unterscheiden kann. Das Kind kann nicht wissen, dass ‚Plansch nicht in einem Teich voller Krokodile‘ ein guter Ratsschlag ist, während ‚Du sollst bei Vollmond eine Ziege opfern, sonst bleibt der Regen aus‘ im besten Fall eine Vergeudung von Zeit und Ziegen darstellt.

Beide Ratschläge klingen gleichermaßen vertrauenswürdig. Beide stammen aus einer angesehenen Quelle und werden mit feierlichem Ernst vorgetragen, der Respekt gebietet und Gehorsam fordert. Das Gleiche gilt für alle Aussagen über die Welt, den Kosmos, unsere Moral und das Wesen der Menschen. Wenn das Kind dann erwachsen wird und selbst wieder Kinder hat, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach wie selbstverständlich das Ganze – Sinnvolles und Unsinn – wieder auf die gleiche ansteckende, gewichtige Weise an den eigenen Nachwuchs weitergeben. (...)

Religionsführer wissen genau, wie anfällig Kindergehirne sind und wie wichtig es ist, dass die Indoktrination frühzeitig stattfindet. Die Prahlerei der Jesuiten ‚Gib mir das Kind während seiner ersten sieben Jahre, dann gebe ich dir den Mann zurück‘ ist zwar abgedroschen, aber deshalb nicht weniger wahr (und bedrohlich).“ (Seite 245 ff)

Wenn man weiß, dass in einigen Bundesstaaten der USA die biblische Schöpfungsgeschichte in den Schulen die einzige offizielle Erklärung der Erschaffung der Welt ist (Kreationismus), können wir verstehen, welchen Aufschrei diese Thesen von Dawkins auslösen. Er schreibt:

„An dieser Stelle muss ich vor allem den amerikanischen Lesern etwas sagen, denn die heutige Religiosität in den Vereinigten Staaten ist wirklich bemerkenswert. Die Anwältin Wendy Kaminer übertrieb nur geringfügig, als sie bemerkte, sich über Religion lustig zu machen sei ebenso gefährlich wie das Verbrennen einer Fahne in der American Legion Hall. Atheisten nehmen heute in Amerika die gleiche Stellung ein wie vor fünfzig Jahren die Homosexuellen.“ (Seite 16)

Funktion von Religion:

Angst nehmen, Sinn geben, Wert stiften

Erklärt Dawkins uns aber mit seiner Theorie vom religiösen Virus Religion und die mit ihr verbunden individuellen wie gesellschaftlichen Phänomene wirklich? Sind fromme, religiöse Menschen nur reif für die Anstalt und werden geheilt, wenn sie die Evolutionstheorie verinnerlichen? Sind sie, wenn der religiöse Virus nicht mehr wirkt, dazu konditioniert, „glücklich, ausgeglichen, moralisch und geistig ausgefüllt“ zu sein? (Seite 11)

Die Frage, was die Funktion von Religion ist, kann mit weiteren Kategorien umschrieben werden: Dämpfung von Angst, Antwort auf die Sinnfrage und Stiftung von Werten.

Zwar versteht mit dem hohen Standan technisch-wissenschaftlichen Kenntnissen und beherrscht der Mensch weitgehend die Natur, dennoch aber wird weiterhin Religion produziert. So wie die steinzeitlichen Menschen die Natur nicht bezwingen konnten und aufgrund dieser Tatsache vielfachen Mangel erleiden mussten, so erfahren die heutigen Menschen Krieg, Elend und Unterdrückung, weil zum Beispiel eine Klasse auf Kosten der anderen lebt. Die schreienden und klagenden Widersprüche solcher Gesellschaftsformen treiben Menschen in die Arme der Religiosität. Religion hält aber neben Besänftigung und Betäubung des Schmerzes immer auch rebellische Elemente bereit, die dem Aufschrei und dem Protest der Menschen gegen das gesellschaftliche Elend Ausdruck verleihen.

Es ist die graue, elende Welt, die die Menschen fromm sein lässt, sie süchtig nach erhabenen Gefühlen macht und sich sehnen lässt, sich selbst zu finden, um ein erfülltes Leben zu haben. Wir nehmen Bodo Ramelow seine Ergriffenheit durchaus ab.

Ob in der Gestalt des melancholischen und dann wiederum triumphierenden Zeus oder des leidenden und des siegreichen Christus – wir finden immer jeweils die beiden Elemente in den Göttergestalten, Mythen und Liturgien wieder, die Karl Marx mit den Satz beschreibt: „Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend.“ (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung)

Karl-Helmut Lechner

Richard Dawkins, „Der Gotteswahn“, 576 Seiten, 22,90 Euro im Verlag Ullstein, Erschienen: September 2007; Originaltitel: „The God Delusion“; ISBN-978-3-550-08688-5

Quellen: <http://richarddawkinsfoundation.org/> „Religion Is a Virus“, Why God is a product of natural selection <http://www.motherjones.com/news/qa/1997/11/virus.html>

Wir dokumentieren in folgenden Nachrichten aus der Bundeshauptstadt, die von der praktisch-politischen Relevanz zeugen, die Religionskritik hat.

Dokumentiert aus: Berliner Zeitung, 9.1.2008, aus Platzgründen geringfügig gekürzt

Volksbegehren „Pro Reli“ ist zulässig

Senat gibt grünes Licht und ist weiterhin dagegen / Unterschriftensammlung wird erleichtert

(Christine Richter). Die Befürworter eines Wahlpflichtfachs Ethik / Religion an den Berliner Schulen haben die erste Hürde des Volksbegehrens genommen. Mit genau 34.472 gültigen Unterschriften wurde die erforderliche Zahl von 20.000 Stimmen deutlich überschritten, sagte Innensenator Ehrhart Körting (SPD) gestern nach der Senatssitzung. Der Senat erklärte das Volksbegehren für zulässig, nun muss das Abgeordnetenhaus beraten und erneut entscheiden.

„Der Senat bleibt bei seiner Haltung und lehnt ein solches Wahlpflichtfach ab“, betonte Körting. Er rechne auch nicht damit, dass das Abgeordnetenhaus seine Meinung ändern werde. Nach jahrelangen politischen Diskussionen hatte die rot-rote Koalition beschlossen, ein Fach Ethik ab der 7. Klasse zum Schuljahr 2006 /2007 einzuführen. Dies ist für alle Schüler verpflichtend. Der Religionsunterricht wird freiwillig an den Schulen angeboten. Die Kirchen klagen aber darüber, dass weniger Jugendliche zum Religionsunterricht kommen, weil sich die Zahl der Unterrichtsstunden durch das Fach Ethik erhöht hat. Außerdem findet Religion meist in den Randstunden, also am späten Mittag, statt.

Die Initiatoren des Volksbegehrens, die evangelische und die katholische Kirche, aber auch die CDU sprechen sich für ein Wahlpflichtfach Ethik / Religion aus. Die Schüler sollen sich für eines von beiden entscheiden können, der Unterricht ist dann verpflichtend. Dieses Modell lehnt der Senat ab, weil die Trennung der Schüler „dem wichtigen bildungspolitischen und erzieherischen Anliegen, einen Raum für ein gemeinsames Gespräch über Grundlagen des Lebens und die Verständigung unter Andersdenken zu fördern, abträglich ist“.

Das Abgeordnetenhaus muss nun innerhalb von vier Monaten über das Volksbegehren entscheiden. Lehnt es ein Wahlpflichtfach erneut ab, tritt die zweite Stufe in Kraft. Dann müssen die Initiatoren innerhalb von vier Monaten 170.000 Unterschriften sammeln, damit es zu einem abschließenden Volks-

entscheid kommen kann. (...) Auch dem Volksbegehren „Pro Reli“ werden gute Erfolgsaussichten bescheinigt.

Die Initiatoren bedauerten gestern, dass der Senat an seiner Haltung festhält. Der Vorsitzende des Vereins Pro Reli, Christoph Lehmann, appellierte an die Parteien im Abgeordnetenhaus, den Fraktionszwang aufzuheben. „Die Abgeordneten sollen frei über das Volksbegehren entscheiden können“, sagte Lehmann. Nicht ohne Grund, gibt es doch auch in den Reihen der SPD einige Abgeordnete, die einem Wahlpflichtfach aufgeschlossen gegenüberstanden. Zu den Gegnern einer Wahlfreiheit zählte stets der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD).

Der CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger sagte gestern, „der Senat wäre gut beraten, seine sture Haltung schnellstens aufzugeben“. Die Berliner wollten offenbar „Wahlfreiheit und nicht ideologische Planspiele“. Die Berliner CDU will das Volksbegehren Pro Reli intensiv unterstützen – wie das zum Erhalt des Flughafens Tempelhof.

Dokumentiert: Presseerklärung Die Linke im Abgeordnetenhaus, 29. November 2007

Ethik und Religion – in Berlin geht beides

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich erklärt:

Die Berlinerinnen und Berliner haben seit der letzten Legislaturperiode das Recht, mehr selbst mit zu entscheiden und sie nutzen diese neuen Möglichkeiten. Das begrüßen wir. Das Ziel des Vereins Pro Reli, das neue verpflichtende Unterrichtsfach Ethik zugunsten eines Wahlpflichtfachs Ethik oder Religion wieder abzuschaffen, unterstützen wir jedoch nicht. – In Berlin müssen sich Schülerinnen und Schüler nicht zwischen Ethik und Religion entscheiden, denn sie können beides haben.

Der verpflichtende Ethikunterricht entspricht den Erfordernissen unserer multireligiösen bzw. auch nicht religiösen Stadt, da er allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, gemeinsam und miteinander über Werte in der Gesellschaft und die verschiedenen Religionen ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus hat auch der seit Jahrzehnten von Kirchen und Religionsgemeinschaften an Schulen angebotene freiwillige Religionsunterricht seine Berechtigung. Er kann unverändert angeboten werden und wird zudem vom Land Berlin finanziert.

Deshalb sagen wir „Nein“ zu dem Volksbegehren und „Ja“ zum Ethikunterricht für alle und zum Religionsunterricht für die, die ihn wollen.

Der folgende Beitrag erschien in der polnischen Wochenzeitung „Przegląd“ (48/2007). Übersetzung unwesentlich gekürzt. Der Autor ist einer der bekanntesten linken Publizisten in Polen. Er nahm im November 2007 an einem Workshop „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ teil, den die Mihkel-Martna-Stiftung mit Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung in Tallinn mit Teilnehmern aus Estland, Polen, der Ukraine und Deutschland durchführte.

Kleines Land, erbitterter Geschichtsstreit – Bericht aus Estland

Von Krzysztof Pilawski

Gleich hinter dem Eingang zum Okkupationsmuseum in Tallinn befinden sich zwei nachgestaltete Dampflokomotiven. An der einen ist das Hakenkreuz, auf der anderen der Sowjetstern angebracht. Wie auch immer, die Ausstellung soll verdeutlichen, dass die bis 1991 andauernde sowjetische Okkupation schlimmer gewesen sei als diejenige Hitlerdeutschlands.

Das erste ins Auge springende Exponat ist ein Boot. Es symbolisiert jene Esten, die vor den sowjetischen Okkupanten geflohen waren. Die daneben aufgestellten alten Koffer symbolisieren die in den Osten der Sowjetunion deportierten Esten. Die Reihe eiserner Gefängnistüren symbolisiert das Schicksal der übrigen.

Diejenigen, die nicht geflohen waren, seien entweder in die Verbannung geschickt oder ins Gefängnis gesteckt worden – so die Überzeugung, die ich aus dem Museum tragen soll, welches vor vier Jahren eröffnet wurde. Es ist eine private Einrichtung, finanziert durch eine ausländische Stiftung, die durch eine in den USA lebende Estin ins Leben gerufen wurde. Schirmherr der Ausstellung ist Lennart Meri, der von 1992–2001 Staatspräsident Estlands war.

„Ich bin empört über diese Ausstellung. Sie stellt die Sicht der Emigranten auf die sogenannte Okkupation dar. Also die Sicht derjenigen, die aus Estland geflohen waren und in der Zeit, über die sie berichten, nicht im Lande lebten.“ So Malle Salupere aus Estlands zweitgrößter Stadt Tartu. „Sie flohen mit großen Koffern und ein Teil von ihnen hatte wirklich allen Grund, sich zu fürchten.“

Malle Salupere tat nichts, was man als Verbrechen oder als Kollaboration mit den Faschisten bezeichnen könnte, doch ihr Vater, ein Waldarbeiter, wurde als Kollaborateur betrachtet. Malle war von nun an Familienmitglied eines Volksfeindes. Nach dem Krieg machte sie ihre Ausbildung an einer pädagogischen Fachschule in Tartu. Sie war

gerade im Unterricht, als am 25. März 1949 in der Wohnung ihrer Tante, bei der sie und ihre zwei Jahre jüngere Schwester wohnte, drei Männer erschienen, einer von ihnen in Uniform. Sie kamen die Mädchen holen, die ohne Begrenzung der Aufenthaltslängen nach Sibirien verschickt wurden.

Nachdem die Mädchen aus der Schule kamen, blieben ihnen anderthalb Stunden, um die Sachen zu packen. Sie wurden ins Omsker Gebiet verschickt, danach in die Gegend von Krasnojarsk, zu ihren dorthin bereits verschickten Verwandten. „Ich versorgte Kälber, war Melkerin und sogar Traktoristin“, erzählt Malle. Die Schwestern kehrten 1957 nach Estland zurück. Später als die „Volksfeinde“, denn es zeigte sich, dass im Unterschied zu jenen sie niemals formal verurteilt worden waren, deshalb unter keine Amnestie oder Wiedergutmachung fielen. Lange wurde erklärt, man könne ja niemanden freilassen, der nicht vorher wenigstens verurteilt worden sei.

Als Malle mit dem Militärtransportzug nach Sibirien gebracht wurde, war sie 18 Jahre alt, als sie zurückkehrte, war sie 26. Sie beendete die Schule, danach die Universität in Tartu, Institut für russische Philologie. Sie war die erste Doktorandin von Prof. Jurij Lotman, dem weltbekannten Kulturwissenschaftler, Anhänger des Strukturalismus, der nach Estland kam, als Malle sibirische Kühe melkte.

„Ich brachte die Promotion nicht zu Ende, denn irgendwer grub in meiner Personalakte und befand, dass ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin nicht geeignet sei“, erzählt sie. Sie lehrte Russisch an einer Schule, arbeitete in der Universitätsverwaltung und war Gewerkschaftsfunktionärin.

1960 wurde sie Mitglied der KPdSU. Noch heute ist sie stolz über die Bürgerschaft, die Jurij Lotman ihr ausstellte. Sie erklärt: „Heute wird uns der Standpunkt der Emigranten auf die Geschichte aufzugenommen. Die Überlieferung ist einseitig und fragmentarisch. Die gesamten 60 Jahre werden als Okkupation und Unterdrückung gewertet. Und doch haben wir uns nach

der Stalinära nicht mehr national unterdrückt gefühlt. In der Verbannung war ich unter Russen. Ganz gegen die heutigen Ansichten erinnere ich mich an deren Herzlichkeit. Ich hatte keine Angst vor den russischen Soldaten, die heute als Vergewaltiger dargestellt werden. Ich weiß, dass unsere ‚Waldbrüder‘ (nach dem 2. Weltkrieg untergetauchte Kämpfer für die estnische Unabhängigkeit, d. Ü) auch nicht vor Gewalt gegen Esten zurückschreckten.“

Toivo Palm, Leiter der Mihkel-Martna-Stiftung, von Beruf Biotechnologe, unterstreicht, dass die Sowjetunion Estland zwar annektiert, nicht aber okkupiert habe. Toivo ist Russland gegenüber sehr aufgeschlossen, was derzeit nicht unbedingt auf Gegenliebe trifft.

Anfang November 2007 sollte ich ihn bereits in Moskau treffen, doch Russland verweigerte ihm bereits das zweite Mal in kurzer Zeit die notwendigen Einreisepapiere. Nach den sogenannten Bronzenächten im April dieses Jahres führten die Russen gegenüber Estland eine harte Handhabung der Visaregeln ein. Ich sprach darüber mit der Empfangsdame im Moskauer Hotel, in dem er eine Zimmerreservierung hatte. „Und sehr gut, dass diese Leute nicht hereingelassen werden“ – betonte sie.

Toivo fühlte sich in der Sowjetzeit besser als heutzutage. „Jetzt sprechen wir über Armut unter den Rentnern, die durch die Teuerung getroffen sind, Mieten, Lebensmittel, Arzneimittel. Rentnerarmut war zu Sowjetzeiten unbekannt. Dazu kommt das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit, die Beunruhigung darüber, was der nächste Tag bringen wird.“

Diejenigen, die sich gut an die sowjetischen Zeiten erinnern können, unterstreichen gerne, dass Estland damals ein wichtiger Teil der UdSSR gewesen war. In dem traditionell landwirtschaftlich geprägten Land entwickelte sich Industrie und damit einhergehend die Städte. Die Universität in Tartu war einer der angesehensten Hochschulen im ganzen Land, hatte internationales Renommee. Die estnischen Künstler waren überall in der UdSSR bekannt. Estland war in den Augen vieler Russen ein kleiner Vorposten des Westens, hier herzukommen war etwas Besonderes, ein Urlaubsaufenthalt galt als schick. 1980 fanden in Tallinn die Segelwettbewerbe der Olympischen Spiele statt. Die Breitspur der Eisenbahn verbindet Estland mit dem Stillen Ozean.

Jetzt ist Estland Mitglied der Europäischen Union und – im Vergleich zu Russland – weitaus „europäischer“. Am Flughafen funktioniert alles unkompliziert und reibungslos. Gleich unterhalb der Tallinner Altstadt treffen die Fähren aus Skandinavien und Finnland ein. Nach Helsinki benötigt

man im schnellsten Falle ganze anderthalb Stunden. In der Sowjetzeit wurde Finnland hauptsächlich im eigens für finnische Touristen gebauten Hotel „Viru“ bestaunt.

Die Altstadt von Tallinn bezaubert ihre Besucher. Auf der Post bedient eine estnische Russin die Kunden mit einer derartigen Freundlichkeit, wie ich es auf keiner Post in Russland je erlebt habe. Mit Ausländern wird englisch gesprochen. Viel Glück bedarf es, um noch eines sowjetischen Autos ansichtig zu werden. Die ökonomischen Eckdaten sind imponierend, das Niveau im Bereich der elektronischen Medien ist beneidenswert. Bei den letzten Parlamentswahlen konnte die Stimme über das Internet abgegeben werden.

Und doch überzeugt dieses „Europäertum“ nicht diejenigen, die sich gerne an die Sowjetzeiten erinnern. Wer könnte ein estnisches Buch, einen Film, eine Marke oder ein Gericht nennen? Wer in der Europäischen Union könnte auch nur eine einzige bekannte estnische Persönlichkeit aufzählen – gleich ob aus der Politik, der Kunst, dem Sport?

Estland liegt nach Ansicht der Verherrer der Sowjetzeiten an der Peripherie der Europäischen Union. Ausländer, hauptsächlich Finnen, kommen hierher, um sich zu vergnügen. Und die Esten ziehen gerne für immer weg. Eltern geben ihren Kindern Vornamen, in denen Buchstaben vorkommen, die es im estnischen Alphabet nicht gibt – „x“, „y“ und „z“, um auf diese Weise die Zugehörigkeit zur westlichen Welt zu unterstreichen.

Die Esten haben den Komplex eines kleinen Landes. Sie verweisen darauf, dass auf einen Bewohner ihres Landes 100 Bürger Russlands und 1000 Chinesen kommen. Der Einwohnerzahl nach steht Estland weltweit an 149. Stelle. Außerdem ist die Zahl gegenüber dem Ende der Sowjetzeit um 200.000 gesunken.

Einerseits ist Estland ein Land mit alter Geschichte. Bereits im 19. Jahrhundert wurde der Analphabetismus beseitigt. Und zugleich ist es ein Land der Eroberungen und Abhängigkeiten. Die Esten waren jahrhundertlang Bauern, der Adel kam von außerhalb. Es mangelt an Nationalhelden, an religiöser Identität, an großen Siegen, an großen Aufständen und großen Protesten.

Den wichtigsten Zusammenhalt der Esten bildet die Sprache. Mit ironischem Unterton wird gerne auf die linguistische Selbständigkeit verwiesen. Außerdem hält die Esten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Gesang zusammen. Während die Menschen in anderen Unionsrepubliken gegen Ende der 1980er Jahre mit Forderungen nach Souveränität auf die Straße gingen, begannen die Esten zu

singen. „Die Esten wollen lieber singen als demonstrieren“, sagt Tiit Toomalu, ein ehemaliger Parlamentsabgeordneter. „Während der nächtlichen Gesänge, die 300.000 Menschen zusammenführten, wurde das Volk mobilisiert. Das große Musikereignis half, die Angst zu überwinden, stärkte den Unabhängigkeitswillen. Ihm verdankten die Esten ihren Zusammenhalt.“

Nach der Erringung der Unabhängigkeit werden die Esten mit Hilfe der historischen Politik zusammengehalten, deren Grundstock die Zeit der sowjetischen Dominanz darstellt. Die Zarenzeit wird wesentlich milder behandelt. Gleich gegenüber dem Parlamentsgebäude steht die Alexander-Newski-Kirche, die Ende des 19. Jahrhunderts als Symbol der russischen Oberherrschaft errichtet wurde.

Opfer der historischen Politik aber wurde der Bronzesoldat, der unweit des Okkupationsmuseums stand. Das 1947 eingeweihte Denkmal für die Befreiung Tallinns stand neben einem Gemeinschaftsgrab für mehrere gefallene Sowjetsoldaten. Ende April 2007 ordneten die estnischen Behörden ihre Exhumierung und die Demontage des Denkmals an. Sie beriefen sich dabei auf ein Gesetz über den Abriss „verbotener Bauten“, derjenigen mithin, mit denen die Sowjetzeit verherrlicht werde. Das rief heftige Proteste unter dem russischsprachigen Bevölkerungsteil hervor. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein junger Russe starb, mehrere hundert Menschen wurden verletzt.

„Die Aktion wurde im Schutze der Nacht und der Polizei durchgeführt“, erklärt Toivo Palm. „Die Regierenden hätten wissen müssen, dass sie auf diese Weise selbst Barrikaden bauen und die Gesellschaft entzweien. Mich hat das Denkmal nicht gestört, doch nachdem beschlossen wurde, es zu verlegen, hätte es anders gemacht werden müssen – zivilisiert und taktvoll, ohne Ausschreitungen zu provozieren.“

Wladimir Manuilow, beschäftigt bei einem staatlichen Energiekonzern, ging nicht aus dem Hause, als es in Tallinn zu den Auseinandersetzungen kam und Geschäfte geplündert wurden. „Für mich war klar, dass es sich um eine Provokation handeln könnte. Ganz gleich von welcher Seite. Überall gibt es Böse und Gute. Oft ist es mir einfacher, mich mit Esten zu verständigen. Auf der Arbeit fühle ich mich in keiner Weise diskriminiert. Von Kindheit an spreche ich Estnisch. Mein Vorteil ist die russische Sprache, denn wir hängen am russischen Energienetz. Oft erlebe ich den Fall, bei denen Esten einen Job nicht bekommen, weil sie nicht Russisch können. Natürlich hätte das Denkmal nicht demontiert werden sollen. Es war kein Symbol für die Okkupation, sondern eine Ehrung für

die im Kampf mit dem Faschismus gefallenen Soldaten. In Estland wird eine Geschichte geschrieben, die für Russen beleidigend ist. Wir sind die Bösen, die Okkupanten.“

Der Tallinner Ökonom Wladimir Wajngort meint gar, die historische Politik spiele nicht nur eine Rolle für den Zusammenhalt der Esten, sondern die estnische Rechte versuche dadurch, die soziale Unzufriedenheit zu kanalisieren und auf die Ebene nationaler Spannungen zu bringen. Wenn nämlich Esten und Russen durch gegenseitige Vorhaltungen blockiert seien, würden sie vergessen, dass sie nicht einmal ihren Kindern ausreichend Schulbücher kaufen könnten.

Nach den Ausschreitungen wurden vier Personen festgenommen. Unter ihnen war der 18-jährige Mark Sirok, der inoffizielle Anführer der in Estland nicht zugelassenen Jugendorganisation „Naschi“, die in Russland junge Anhänger von Wladimir Putin vereint. Er wurde beschuldigt, die Massenunruhen organisiert zu haben. „Ich habe nichts damit zu tun“, versichert Mark Sirok. „Ich war nicht unter den Demonstranten, von den Ausschreitungen erfuhr ich erst frühmorgens aus dem Fernsehen. Kurz bevor ich mich zur letzten Abiturprüfung in Gesellschaftskunde auf dem Weg machte. Auf dem Weg zur Schule hörte ich, wie jemand mir in gebrochenem Russisch nachrief: ‚Runter auf die Knie! Hände hinter den Kopf!‘ Mir wurden Hand-

schellen angelegt und ich wurde zum Verhör gebracht. Zu Hause wurde mein Zimmer durchsucht, der PC, Bücher wurden mitgenommen. Drei Tage war ich im Polizeigewahrsam, dann hießes, dass ich für 6 Monate festgenommen werde wegen Anstiftung öffentlicher Unruhen. Ich kam ins Gefängnis. Dort verbrachte ich 48 Tage. Ich saß in einer Zelle mit Mördern und Einbrechern. Mehrmals wurde ich Opfer von Gewalt. Ich bat um Arzneimittel, war total am Boden. Einmal wöchentlich durften wir duschen. Versorgt wurden wir mit einem nicht essbaren Brei und zynisch wurden wir gefragt, ob wir etwas nachhaben möchten. Toilettenpapier mussten wir im Gefängnisladen kaufen. Nur zweimal wurden die Eltern zu Besuch vorgelassen. Ich wurde wie Vieh behandelt. Obwohl ich aus dem Gefängnis entlassen wurde, darf ich Estland nicht verlassen. Ich warte auf den Prozess.“

Marks Eltern sind Staatsbürger Estlands. Beide sprachen sich für die Unabhängigkeit des Landes aus, weshalb sie bereits gleich zu Anfang die Staatsbürgerschaft erhielten. Beide arbeiten und wünschen sich nicht, dass die UdSSR zurückkehrt. Sie sind loyale Bürger Estlands. „Der Vater meint, es ist eben wie es ist“, sagt Mark. „Im Gegensatz zu ihm bin ich aber davon überzeugt, dass der Kampf für Bürgerrechte Sinn macht. Ich bin für die Integration von Esten und Russen, aber gegen die Assimilation der Russen.“

Lächelnd sagt Mark, dass man ihn als „Hand Moskaus“, als „KGB-Agent“ bezeichnet. „Ich weiß gar nicht, weshalb ich so wichtig geworden bin. Ich habe keine Zukunft in Estland. Nach der Freilassung aus dem Gefängnis habe ich das Abitur gemacht, nun versuche ich ein Studium in England oder Russland zu bekommen. Hier gestattet man mir weder zu arbeiten noch zu studieren.“

Die russischsprachige Jugend in Estland lernt aus Geschichtsbüchern, in denen die Russen als Feinde und Okkupanten dargestellt werden. Ihre Eltern sprechen wenig darüber, denn sie wollen sich einrichten im heutigen Estland, auch wenn sie sich nicht unbedingt wohl fühlen. In Russland – so die verbreitete Meinung – geht es noch schlechter zu. Ein niedrigerer Lebensstandard und ein Gesellschaftsmodell, welches weit entfernt ist von dem europäischen Gesellschaftsmodell.

Aus dem russischen Fernsehen hingegen kommen andere Informationen. Sie finden vor allem die aufbegehrende russischsprachige Jugend. Mark und seine Freunde sind überzeugt, dass sie von ihren Landsleuten nicht im Stich gelassen werden. Für viele Mitglieder von „Naschi“ sind sie einfache Helden, die sich für die Ehre der Russen und Russlands einsetzen. „Ich habe den Eindruck, dass ich ins Räderwerk der großen Politik geraten bin“, so Mark zum Abschluss.

Buchbesprechung

45 Jahre im Fadenkreuz des Kalten Krieges

Über „Berlin im Kalten Krieg“ werden Standorte und Ereignisse recherchiert und geschickt in dreizehn Kapitel eingeordnet. Berlin befand sich 45 Jahre im „Fadenkreuz des Kalten Krieges“. Die Stadt wurde zum Probefeld des Kalten Krieges. Die Berliner Bevölkerung hatte gegenüber anderen Städten Deutschlands am meisten darunter gelitten.

Jetzt ist dazu ein neues Buch erschienen. Klaus Behling, der Autor erinnert daran, dass nach dem Krieg bis tief hinein in die fünfziger Jahre rings um Berlin, sowjetische Garnisonen zwischen Bernau und Potsdam stationiert waren. Sowjetische Grenzer kontrollierten viele Jahre die Ein- und Ausfallstraßen ganz Berlins und die Bahnverbindungen von bzw. nach Ost und West. Angehörige der Volkspolizei bzw. der Grenztruppen der DDR standen ihnen zur Seite.

Behling berichtet über abgeschirmte Hauptquartiere der Alliierten, geheime Büros und bewachte Objekte in beiden Teilen der Stadt.

Alliierte Geheimdienste, BND und MfS feierten die Blüte ihres Gewer-

bes. Behling: „Der Kalte Krieg funktioniert nur, weil es Gegner gab, die sich als Feinde fühlten.“ Die Rede ist von der Luftbrücke der USA (24.6.48–12.5.49) zur Versorgung der Westberliner Bevölkerung, vom Marsch von rund 100000 ostdeutschen Jugendlichen während der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten aus Ostberlin über die offene Sektorengrenze nach Westberlin. 13. August 1961: Die Berliner beobachteten mit gemischten Gefühlen wie „bewaffnete Kräfte“ der DDR mit dem Abriegeln des Westteils der Stadt begannen. Straßenpflaster wurden aufgerissen, Asphaltstücke und Pflastersteine zu Barrikaden geschichtet und Stacheldrahtverhaue gezogen. Der Straßenverkehr, Straßenbahn-, U-Bahn- und S-Bahnlinien wurden abrupt unterbrochen. Lange Zeit durften Westberliner nicht mehr den Ostteil der Stadt betreten. Als einen gefährlichen Eckpunkt im Kalten Krieg sieht der Autor den 25. Oktober 1961, als am Checkpoint Charlie im westlichen Teil der Friedrichstraße amerikanische M-48 Panzer der US-Streitkräfte auffahren. Am Tag

Klaus Behling (Mitarbeit: Christian Behling): Berlin im Kalten Krieg – Schauplätze und Ereignisse / Kai Homilius Verlag, Berlin 2007, br., 296 S., 14,80 Euro, ISBN 978-3-89706-901-5

danach rollen zehn sowjetische T-54 auf der östlichen Seite heran. Die Welt stand vor einem neuen Krieg.

Nach hektischen diplomatischen Bemühungen zur Beilegung der gefährlichen Situation, ziehen die Panzer beider Seiten wieder ab.

Der Autor rahmt diese Episode und die Öffnung des Grenzüberganges Bornholmer Straße am 9. November 1989, als bedeutende Ereignisse des Kalten Krieges in Berlin, ein.

Berlin war Puls und Fieberthermometer der deutschen Teilung. Der Namen der Stadt wurde mit kriegerischen Metaphern belegt: Frontstadt, billigste Atombombe, Pfahl im Fleisch der DDR, Pulverfass, sowie heißeste Nahtstelle des Kalten Krieges. Behling argumentiert erstaunlich sparsam, meist nur mit wenigen Zeilen, zur Einleitung der jeweiligen Kapitel. Er führt den Leser mit fast tausend kurzen Meldungen über Ereignisse jener Zeit an Schauplätze des Kalten Krieges in Berlin.

Franz-Karl Hitze

6. Februar. *Politischer Aschermittwoch.* Bierzelt-Veranstaltungen der Bundestagsparteien.

21. Mai 2008. *Osnabrück.* 97. *Deutscher Katholikentag.*

24./25. Mai. *Ort noch offen.* 1. *Parteitag der Partei Die Linke.*

31. Mai. *München.* 59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	4.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html

Aus dem Aufruf des Aktionsbündnisses gegen die Nato-Sicherheitskonferenz am 8./9. Februar in München

Sie reden von „Sicherheit“. Wir nennen es Krieg, Folter und Terror.

Sie sprechen von „Sicherheit“, doch ihre Politik bedeutet Krieg, Folter und Militarisierung. Die „Sicherheitskonferenz“ in München ist ein Treffen von Militärstrategen, Regierungsvertretern, Generälen und Rüstungslobbyisten. Verschanzt hinter Absperrgittern, Wasserwerfern und einer gigantischen Polizeimacht kommen im Nobelhotel „Bayerischer Hof“ jährlich EU- und NATO-Repräsentanten zusammen, um Kriegseinsätze, internationale Militärstrategien und Rüstungsgeschäfte zu planen.

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung!

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt beanspruchen für sich das Recht auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen auf dem gesamten Globus. Sie setzen ihre ökonomischen Interessen und Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durch. Die Besatzungskriege der NATO-Staaten und ihrer

Verbündeten, die unter der Losung der Terrorbekämpfung geführt werden, sind selbst Terror gegen die Bevölkerung. **Gegen Krieg und Folter – Für ein freies und selbstbestimmtes Leben aller Menschen!**

Die erneute Militarisierung der deutschen Außenpolitik führt längst auch zur Militarisierung im Innern. Diese Politik des präventiven „Sicherheits“-Staates betreibt den Abbau der Grundrechte aller BürgerInnen durch Vorratsdatenspeicherung von Telefongesprächen, dem Ausspionieren von PC-Daten, Unterbindungsgewahrsam, Überwachung von öffentlichen Plätzen und Privatwohnungen.

Fluchtursachen bekämpfen. Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und MigrantInnen statt Stacheldraht und Lager!

Zeigen wir den selbst ernannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: Ihr seid hier in München und anderswo unerwünscht. Eurer Politik von neoliberaler Wirtschaftsmacht und Ausbeutung, von Aufrüstung und Sozialabbau setzen wir weltweit Protest und Widerstand entgegen, denn eine andere Welt ist möglich – eine gerechte Gesellschaft, eine friedliche Welt ohne Krieg und Folter.

No justice, no peace! – Ohne Gerechtigkeit kein Friede!

Kommt alle zur Großdemonstration und den weiteren Widerstandskaktionen am 9. Februar 2008 in München!

PROTEST UND WIDERSTAND

8./9. 2. 2008 IN MÜNCHEN

GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ



Wir bitten um Unterstützungsbeiträge, pro Gruppe 50,-, 100,- Euro oder auch mehr auf unser Bündniskonto:

Infos: www.no-nato.de
www.muenchen-gegen-krieg.de
www.muenchner-friedensbueundnis.de

Martin Löwenberg
 Kto. Nr. 28 26 48 02
 BLZ 700 100 80,
 Postbank München
 Kennwort: „Siko 2008“

**NEIN
ZUM KRIEG**

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jan Tepperies, Schmuizerstraße 18, 81373 München, Eigendruck im Selbstverlag – Gestaltung: Wob